

Peter Borowsky

Deutsche Geschichtswissenschaft seit der Aufklärung

aus

Peter Borowsky

Schlaglichter historischer Forschung

Studien zur deutschen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert

Aus dem Nachlass herausgegeben von
Rainer Hering und Rainer Nicolaysen

S. 13–61



Universität Hamburg

Impressum

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Die Online-Version dieser Publikation ist auf der Verlagswebsite frei verfügbar (*open access*). Die Deutsche Bibliothek hat die Netzpublikation archiviert. Diese ist dauerhaft auf dem Archivserver Der Deutschen Bibliothek verfügbar.

Open access verfügbar über die folgenden Webseiten:

Hamburg University Press – <http://hup.rrz.uni-hamburg.de>

Archivserver Der Deutschen Bibliothek – <http://deposit.ddb.de>

ISBN: 3-937816-17-8 (Printausgabe)

© 2005 Hamburg University Press, Hamburg

Rechtsträger: Universität Hamburg, Deutschland

Produktion: Elbe-Werkstätten GmbH, Hamburg, Deutschland

<http://www.ew-gmbh.de>

Peter Borowsky (1938–2000) war ein engagierter Geschichtsforscher und begeisterter Geschichtsvermittler. Mehr als 30 Jahre lehrte er am Historischen Seminar der Universität Hamburg Neuere Geschichte. Er prägte Generationen von Studierenden nachhaltig durch seine Kompetenz und seine Art, Geschichte lebendig zu vermitteln. Diese wird auch in den 14 Beiträgen zur deutschen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert deutlich, die hier erstmals veröffentlicht werden. Die Themenpalette reicht von den Hohenzollern bis zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland, umfasst die Studenten in der Revolution von 1848, Hamburger Geschichte im 19. Jahrhundert, die Entwicklung von der Weimarer Republik zum „Dritten Reich“, die deutschen Beziehungen zu osteuropäischen Staaten und den USA. Zwei Texte beschäftigen sich anschaulich mit der Geschichte der deutschen Geschichtswissenschaft und dem „Historikerstreit“.

Inhalt

I.	Vorwort der Herausgeber	7
II.	Geschichte der Geschichtswissenschaft	
1.	Deutsche Geschichtswissenschaft seit der Aufklärung (1978/79)	13
2.	Der Historikerstreit	63
	Wie geht die deutsche Geschichtswissenschaft mit der nationalsozialistischen Vergangenheit um? (1988)	
III.	Geschichte Hamburgs	
1.	Vertritt die „Bürgerschaft“ die Bürgerschaft?	89
	Verfassungs-, Bürger- und Wahlrecht in Hamburg von 1814 bis 1914 (1990)	
2.	Hamburg und der Freihafen	109
	Wirtschaft und Gesellschaft 1888–1914 (1987)	
IV.	Osteuropa	
1.	Zwischen Revisionismus und Realismus – die deutsche Politik gegenüber Polen 1919 bis 1933 (1986)	139
2.	Die deutsche Politik gegenüber den baltischen Staaten 1923 bis 1933	153
	Diplomatie im Spannungsfeld von Wirtschaftsinteressen und Minderheitenschutz (1991)	
3.	Die Ukraine – ein Nationalstaat?	173
	Systemveränderung und nationale Unabhängigkeit 1917 bis 1920 und heute (1994)	

V. 19. Jahrhundert

1. Studenten in der deutschen Revolution 1848 (1998) 187
2. Die Hohenzollern (1998) 201

VI. Von der Weimarer Republik zum „Dritten Reich“

1. Zwischen Volksheer und Reichswehr 217
Die Auseinandersetzungen über die deutsche
Wehrverfassung 1918/1919 (1992)
2. Wer wählte Hitler und warum? 235
Ein Bericht über neuere Analysen der Wahlergebnisse
1928 bis 1933 (1988)
3. Zerstörung oder Zusammenbruch? 255
Das Ende der Weimarer Republik 1929–1933 (1993)

VII. Bundesrepublik

1. Europa oder Amerika? 277
Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik
Deutschland und den USA seit dem deutsch-französischen
Vertrag vom 22. Januar 1963 (1993)
2. Die politische Kultur der Bundesrepublik
Deutschland 1966–1983 (1992) 295

VIII. Anhang

- Zeittafel Peter Borowsky 317
- Bibliographie Peter Borowsky 321
- Personenregister 325

Deutsche Geschichtswissenschaft seit der Aufklärung*

0 Einleitung

Geschichte ist nicht nur vergangenes Geschehen = *res gestae*, sondern auch der Bericht darüber = *historia* oder Geschichtsschreibung. Über die Geschichtsschreibung tritt die Gegenwart in Verbindung zur Vergangenheit. Geschichtsschreibung wurde und wird von einzelnen Geschichtsschreibern/Historikern betrieben, dennoch handelt es sich dabei um einen sozialen Prozeß, denn was der einzelne Historiker aus der Fülle der vergangenen Ereignisse auswählt oder wegläßt, was er für interessant hält, um es seinen Zeitgenossen mitzuteilen, das hängt nicht von ihm allein, von seinen individuellen Charaktereigenschaften ab, sondern von den gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen er arbeitet. Aber nicht nur diese allgemeine gesellschaftliche Gebundenheit des Historikers, die sein Erkenntnisinteresse und seine Erkenntnismöglichkeiten bedingt, begründet den engen Zusammenhang zwischen Geschichte und Gesellschaft: Er läßt sich konkret fassen in den Einrichtungen, die sich mit Geschichte befassen. Die Geschichtsschreibung hat sich in den letzten zweihundert Jahren immer mehr verwissenschaftlicht, d. h. sie hat Verfahren entwickelt, um den Echtheitsgehalt ihres Materials zu überprüfen, die Stichhaltigkeit ihrer Argumentationen zu sichern und den Wahrheitsgehalt ihrer Aussagen zu erhöhen. Geschichtsschreibung ist zur Geschichtswissenschaft geworden, zu einer gesellschaftlichen Einrichtung mit Institutionen und Organisationen, die bestimmte Funktionen wahrnehmen und dafür sorgen, welches Geschichtsbild unserer Gesellschaft vermittelt wird.

* Der Text wurde 1978/79 verfasst für den nicht realisierten Band *Gesellschaft und Geschichte II* in der von Peter Borowsky, Barbara Vogel und Heide Wunder herausgegebenen Reihe *Studienbücher Moderne Geschichte* (dort geplant als Band 4). Vgl. dazu das Vorwort in diesem Band.

Im folgenden soll es darum gehen, die Entwicklung von der Geschichtsschreibung zur Geschichtswissenschaft in Deutschland in methodischer und institutioneller Hinsicht nachzuzeichnen und zu untersuchen, wie stark und in welcher Weise das Bild von der Vergangenheit durch die gesellschaftlich-politischen Verhältnisse wichtiger Epochen deutscher Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert geprägt worden ist. Dahinter steht die Auffassung, daß Geschichte (als vergangenes Geschehen) und Geschichtsschreibung (als Bericht über vergangenes Geschehen) dialektisch vermittelt sind, d. h. daß eine bestimmte Art von Geschichtsschreibung nur zu verstehen ist auf dem Hintergrund der Zeit, der sie entstammt, und daß umgekehrt die kritische Analyse dieser Geschichtsschreibung zum Verständnis der Epoche, der sie entstammt, beitragen kann. Auf dieser historischen Grundlage soll dann versucht werden, Bedeutung und Funktion der Geschichtswissenschaft (etwa für die Konstituierung eines bestimmten Geschichtsbildes, die Erzeugung von politischem Bewußtsein oder die Emanzipation des einzelnen) in der Bundesrepublik Deutschland zu skizzieren. Will man den Bezug der deutschen Geschichtsschreibung zu ihrer jeweiligen Gegenwart, ihre politisch-soziale Perspektive untersuchen und ihren Standort beschreiben, so ist vor allem zu überprüfen, wie die politischen, sozialen und ökonomischen Probleme des jeweiligen Zeitabschnitts die Fragestellungen, die Materialauswahl und die Auswertungsmethoden der Historiker beeinflußt haben.

1 Deutsche Geschichtsschreibung im Zeitalter der Aufklärung

Sozialer Träger der „Aufklärung“ war das wirtschaftlich erstarkende Bürgertum vor allem in England und Frankreich. Die Philosophie der Aufklärung war die ideologische Waffe des Bürgertums in seiner Auseinandersetzung mit dem absoluten Königtum und dem Adel um die politische Macht. Der Geschichtsschreibung kam dabei eine besondere Bedeutung zu, denn indem sie den historischen Wurzeln und den Entstehungsgründen der monarchischen Herrschaft, der politischen Vormacht des Adels und der Machtstellung der Kirche nachging, enthüllte sie diese scheinbar ewigen, von Gott gesetzten Ordnungen als geschichtlich gewordenes Menschenwerk, das verändert oder abgeschafft werden konnte. An die Stelle der christlichen Deutung der Geschichte als Heilsgeschehen, dessen Sinn sich erst im Jenseits enthüllte, setzte die Aufklärung eine Geschichtsauffassung,

die Sinn und Ziel der Geschichte als durchaus diesseitig begriff. Voltaire wandte sich gegen jede Erklärung geschichtlicher Ereignisse durch göttliches Eingreifen und sah Geschichte als einen zielgerichteten Prozeß an, dessen Sinn die Ausbreitung der Vernunft, der Sieg der Zivilisation über Dummheit und Kulturlosigkeit des Menschen waren. Das heilsgeschichtliche Konzept wurde säkularisiert zum Fortschrittsgedanken. Aus dieser Verpflichtung auf den Gedanken des Fortschritts ergab sich, daß die Geschichtsschreibung der Aufklärung die Vergangenheit nicht nach deren Maßstäben, sondern an den eigenen, aufgeklärten Prinzipien maß und daher z. B. das „dunkle“ Mittelalter im Vergleich zur Antike und zur eigenen Zeit als – nicht zuletzt durch den Aufstieg des Christentums und der Kirche verursachten – Rückfall in barbarische Verhältnisse interpretierte (Gibbon).

In Deutschland waren die wirtschaftliche Lage, die soziale Stellung und der politische Einfluß des Bürgertums Ende des 18. Jahrhunderts wesentlich schwächer als in England und Frankreich. Kompensiert wurde dieser Mangel an tatsächlichen Einwirkungsmöglichkeiten zumindest im gebildeten Bürgertum durch eine intensive Auseinandersetzung mit den Ideen der Aufklärung über Literatur, Kunst, Philosophie, Religion und Geschichte. Auch in Deutschland läßt sich ein wachsendes und intensives Interesse an Geschichte feststellen, das von den Prinzipien der französischen Aufklärung geprägt wurde. Dieses Interesse richtete sich nicht auf „reine“ Geschichte, auf bloße Erforschung der Vergangenheit ohne Nutzenanwendung für die Gegenwart, sondern dieses Interesse war politisch motiviert. Das läßt sich belegen sowohl durch die wachsende Zahl historisch-politischer Zeitschriften und historisch-politischer Literatur als auch durch das wachsende Interesse der deutschen Lesegesellschaften an dieser Art von Literatur. Geschichte wurde von ihren Lesern offenbar verstanden als Mittel zur politischen Information, zur „staatsbürgerlichen“ Orientierung und als Hilfe bei der politischen Urteilsbildung. Im Sinne der Aufklärung sollte Geschichte zur öffentlichen Meinungsbildung, zur Kritik und Verbesserung bestehender Zustände beitragen. In der Aufklärung liegt der Ursprung jener engen Verbindung zwischen Geschichte und Politik, die zu einer wichtigen Komponente der bürgerlichen Ideologie im 19. Jahrhundert wurde.

Die Geschichtsschreibung, wie sie sich in Lesegesellschaften, Fach- und Unterhaltungsliteratur sowie Zeitschriften dokumentierte, wurde betrieben von Universitätsprofessoren, Juristen und juristisch gebildeten Staatsbeamten, Theologen und selbständigen Schriftstellern. Den hauptberuflichen Hi-

storiker und hauptamtlich mit Geschichte befaßte Institutionen gab es noch nicht. Auch das Publikum rekrutierte sich aus einer kleinen Minderheit der deutschen Gesellschaft; es bestand aus Akademikern, gehobenen Beamten, Adeligen und Vertretern des gehobenen Besitzbürgertums.

Inhaltlich richtete sich dieses geschichtliche Interesse vor allem auf die jüngste Vergangenheit, auf die Entwicklung von Staat und Gesellschaft und alle Bereiche des öffentlichen Lebens. Eine besondere Eigenart der deutschen Geschichtsschreibung zur Zeit der Aufklärung war die starke landesgeschichtliche Ausrichtung. Diese läßt sich nicht nur mit der politischen Zersplitterung Deutschlands erklären, sie war zugleich auch Ausdruck des wachsenden bürgerlichen Engagements für öffentliche Angelegenheiten und des Anspruchs auf Mitwirkung an den Entscheidungen im lokalen und regionalen Bereich. Das landesgeschichtliche und landeskundliche Interesse dokumentiert sich ab 1765 in der Gründung zahlreicher landesgeschichtlich orientierter Zeitschriften. Typisch für die deutsche Geschichtsschreibung der Aufklärung war schließlich die enge Verbindung zwischen Geschichte und „Statistik“, wobei Daten über den Zustand und die Entwicklung von Staat und Gesellschaft, Geographie, Wirtschaft und Kultur gegenüber der Geschichtserzählung in den Vordergrund traten. Bereits in dieser Zeit setzt auch eine gewisse Spezialisierung nach historischen Fachgebieten und Hilfswissenschaften ein; es erschienen Zeitschriften, die sich z. B. auf Münzkunde, Heraldik und Genealogie konzentrierten.

In Ansätzen läßt sich hier eine wichtige Konsequenz der Aufklärungsvorstellung von Geschichte erkennen: Voltaires Konzept von einer *philosophie de l'histoire*, womit sowohl die Erklärung der Gegenwart aus der Geschichte als auch die Deutung der Geschichte gemeint war, mündet ein in ein Verständnis von Geschichte als Wissenschaft. Deutung der Geschichte im Sinne der Aufklärung erforderte begriffliche Reflexion, Hypothesenbildung, Kausalanalyse, Überprüfung von Überlieferung und Tradition auf ihre Glaubwürdigkeit und die Anwendung von statistischen und vergleichenden Methoden. In Deutschland wurde die junge Universität Göttingen zum Zentrum einer so verstandenen Geschichtswissenschaft. Im Kurfürstentum Hannover, dessen Landesherr gleichzeitig König von England war, waren staatliche Bevormundung und Zensur nicht so streng wie in anderen deutschen Staaten, der Einfluß des englischen Liberalismus und der französischen Aufklärung um so stärker. Hier lehrten Gatterer, Schlözer, Spittler und Heeren. Kennzeichnend für ihre Arbeit ist das Bemühen, Universal-

und Kulturgeschichte zu treiben und das von ihnen erschlossene Material dem gebildeten Bürgertum, vor allem der Jugend, zu vermitteln (vor allem bei Schlözer). Darüber hinaus versuchte die „Göttinger Schule“, die gelegentlich zu geschichtsphilosophischen Konstruktionen neigende französische Aufklärungs-Historiographie zu überwinden durch eine Geschichtsschreibung auf empirischer Grundlage, indem sie die von den klassischen Philologen erprobten textkritischen Methoden auf die historischen Quellen anwandte. Am erfolgreichsten gelang Arnold Hermann Ludwig Heeren die Verbindung von kritisch-philologischer Methode mit historischer Darstellung und aufklärerischer oder politisch-didaktischer Zielsetzung.

2 Nationalpädagogisches Interesse und Entfaltung des Historismus als Methode

Von einschneidender Bedeutung für den Wandel des geschichtlichen Denkens in Deutschland waren die französische Revolution und die Befreiungskriege. In der Auseinandersetzung mit den Prinzipien der französischen Revolution und mit der Idee der Nation entwickelte das deutsche Bildungsbürgertum ein vertieftes Interesse für die deutsche Vergangenheit, für die Entwicklung der deutschen Sprache, der deutschen Kultur und des deutschen Volkstums. Die Beschäftigung mit der Vergangenheit wurde zur Grundlage eines Nationalbewußtseins, das in Ermangelung eines deutschen Nationalstaats die deutsche Nation zunächst als Kulturnation begriff. Die Vorbedingung für eine nationale Erneuerung wurde in der Rückkehr zu den nationalen Wurzeln gesehen, zu einer Vergangenheit, die verloren war und daher rekonstruiert werden mußte. Eine Folge dieser Rückbesinnung auf die deutsche Frühzeit war eine Neubewertung des Mittelalters. Das „dunkle“ Mittelalter der Aufklärung wandelte sich zum strahlenden Bild von Kaiser und Reich, das Vorbildcharakter annahm. Ausdruck dieses erwachenden nationalpädagogischen Interesses an der Vergangenheit sind die Sammlungen deutscher Sagen, Märchen und Volkslieder und die Begründung des *Deutschen Wörterbuchs* durch die Brüder Grimm sowie die vom Freiherrn vom Stein eingeleiteten Studien und Quellensammlungen zur deutschen Geschichte, die *Monumenta Germaniae Historica*.

Wie eng die Entwicklung der deutschen Geschichtswissenschaft mit der Geschichte der bürgerlich-liberalen Nationalbewegung verbunden war, zeigt

sich u. a. darin, daß seit den 1830er Jahren vor allem Geschichtsprofessoren die ideologischen Wortführer des nach nationaler Einheit strebenden Bildungs- und Besitzbürgertums waren. Diese politisch engagierten Historiker sahen ihre Hauptaufgabe in der Herbeiführung und historischen Rechtfertigung der deutschen Einheit. Waren sie politisch Gegner der deutschen Fürstenstaaten und der durch sie repräsentierten Reaktion, so war auf geschichtswissenschaftlichem Gebiet die konservative Geschichtsschreibung im Dienste eben dieser Einzelstaaten ihr Gegenspieler. Bis zur Jahrhundertmitte hat jedoch die partikularistische und staatspatriotische, also auf den österreichischen, preußischen, bayerischen oder sächsischen Staat und die jeweilige Dynastie bezogene Geschichtsschreibung den größeren Teil der historischen Publikationen in Deutschland ausgemacht. Erst dann wurde diese Geschichtsschreibung zunehmend von der liberalen, gesamtnationalen deutschen Geschichtsschreibung überflügelt. Die Vorherrschaft an den deutschen Universitäten und im Geschichtsbild der Deutschen hat die nationalliberale und reichspatriotische Geschichtsschreibung aber erst nach 1871 gewinnen können. Das verdankte sie in erster Linie dem Sieg der preußischen Waffen, nicht zuletzt aber auch der historisch-kritischen Methode, auf die sie sich zur Rechtfertigung ihrer Arbeitsergebnisse berufen konnte.

Die historisch-kritische Methode, die seit der Mitte des 19. Jahrhunderts zum selbstverständlichen Handwerkszeug jedes Historikers wurde, basierte auf einer Entwicklung, die bereits im Humanismus eingesetzt hatte, als die Gelehrten begannen, die Echtheit antiker Texte zu überprüfen und die Bibel oder die Kirchenväter auszulegen. Das Bemühen um eine kritische Analyse der Quellen (Quellenkritik und Quelleninterpretation), das Ideal der sachlichen Genauigkeit unterscheidet diese Art der Geschichtsforschung und Geschichtsschreibung von der antiken und mittelalterlichen Geschichtsschreibung; sie trug dazu bei, die Geschichte als Historie zu einer selbständigen Wissenschaft zu machen.

Leopold von Ranke, mit dessen Arbeiten die Durchsetzung der historisch-philologischen Methode als historisch-kritische gewöhnlich verbunden wird, glaubte, durch ein konsequent methodisches Vorgehen und durch „Rückkehr zu den ursprünglichen Mitteilungen“ den „Impuls der Gegenwart“ bei der Arbeit des Historikers neutralisieren und zeigen zu können, „wie es wirklich gewesen ist“.

Begriff und Theorie des „Historismus“ stammen vom Ende des 19. Jahrhunderts, als diese geschichtsphilosophische Strömung bereits in eine Krise

geraten war und Philosophen wie Dilthey und Troeltsch versuchten, zu systematisieren und zu erklären, was Jahrzehnte hindurch die Praxis von Historikern, Rechtsgelehrten, Literaturwissenschaftlern und Nationalökonomern gewesen war. Ganz allgemein bedeutet hier der Begriff „Historismus“ die Vorherrschaft des historischen Denkens und der historischen Methode vor der generalisierenden und systematisierenden Betrachtungsweise in den Geisteswissenschaften. Geistesgeschichtlich läßt sich der Historismus ableiten aus der Philosophie des deutschen Idealismus. Wie dieser die Welt in Bewußtseinsphänomene auflöste, so nahm der Historismus als bewegende Kräfte der Geschichte Ideen an. Gesellschaftsgeschichtlich ist die Entstehung des Historismus in der Epoche der Restauration und der Reaktion auf die französische Revolution anzusiedeln.

Hier sollen kurz die wichtigsten Merkmale dieser Geschichtsanschauung skizziert und die damit verbundenen Probleme und Kritikpunkte angedeutet werden:

1. Der Historismus konstituierte die Geschichtsschreibung als Wissenschaft, indem er ihr nicht nur eine bestimmte Methode (die historisch-kritische), sondern auch einen eigenen Gegenstandsbereich zur Erforschung zuschrieb. Der Historiker hat danach den Auftrag, das Individuelle und Einmalige in der Geschichte zu erkennen bzw. zu verstehen. Mit dieser Betonung der Einmaligkeit jeder geschichtlichen Situation setzte sich der Historismus ab von der Auffassung der Aufklärung, wonach jede geschichtliche Situation einer pragmatischen Kausalanalyse zugänglich ist, weil sie auf von Natur her gleichen Faktoren beruht. Zugleich grenzte der Historismus die Geschichtswissenschaft als einen dritten Bereich der Wissenschaften ab vom normativen Denken der Jurisprudenz, Theologie und Philosophie einerseits, vom Gesetzesdenken der Naturwissenschaften andererseits.
2. Der Historismus betonte den Gedanken der Entwicklung und Veränderung, das Prozeßhafte in der Geschichte. Daraus ergibt sich freilich ein Spannungsverhältnis zum Postulat des Einmaligen und Individuellen in der Geschichte insofern, als die Prozeßhaftigkeit den Gedanken an Gesetzmäßigkeiten nahelegt. Diese jedoch lehnte der Historismus ab.

3. Nach Auffassung des Historismus dürfen vergangene Ereignisse, Personen und Entscheidungen nicht nach den Maßstäben der eigenen, sondern nur nach den Maßstäben der vergangenen Zeit beurteilt werden. Hier liegt ein wesentlicher Unterschied zur Geschichtsauffassung der Aufklärung. Der Fortschrittsgedanke der Aufklärung hatte frühere Epochen mediatisiert und sie lediglich als Vorstufen für die fortschrittlicheren späteren Epochen gewertet. Dagegen stellte Ranke seine Forderung: „Jede Epoche ist unmittelbar zu Gott, und ihr Wert beruht gar nicht auf dem, was aus ihr hervorgeht, sondern in ihrer Existenz selbst, in ihrem eigenen Selbst.“

Wenn Ranke die Vergangenheit aus ihren eigenen Maßstäben und Wertvorstellungen zu verstehen suchte, dann wurde er ohne Zweifel der Vergangenheit und den in ihr gegebenen Entscheidungsmöglichkeiten gerechter als die Geschichtsschreibung der Aufklärung, die naturrechtliche, überzeitliche Normen als Bewertungsmaßstab gesetzt hatte. Doch er leistete damit auch einem Werterelativismus Vorschub, der schließlich in die Formel mündete: „Alles verstehen heißt alles verzeihen.“

Kombiniert mit den nationalpädagogischen Strömungen der deutschen Geschichtsschreibung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts konnte dieses Prinzip des Historismus dazu dienen, die Vergangenheit zu verklären statt zu erklären und einer Tendenz Vorschub zu leisten, die im deutschen Bürgertum der Romantik und des Biedermeier ohnehin ausgeprägt war: die politische Impotenz zu kompensieren durch Flucht in die Innerlichkeit und in die Vergangenheit. Die Geschichtsschreibung des Historismus hat bei all ihren Verdiensten um die Verwissenschaftlichung der Geschichtsschreibung nicht – wie die Geschichtsschreibung der Aufklärung – zur Emanzipation des Bürgertums beigetragen, sondern im Gegenteil restaurativen, bestenfalls kompensatorischen Charakter gehabt.

Diese Behauptung läßt sich anschaulicher begründen, wenn man die drei Grundprinzipien des Historismus auf ihre Anwendung hin überprüft:

1. Der Begriff der Individualität, den z. B. Goethe und Humboldt noch auf die Einmaligkeit der Persönlichkeit beschränkt hatten, wurde von Ranke und seinen Nachfolgern ausgedehnt auf Kollektivgrößen, vor allem auf die Nation und den Staat, die im Mittelpunkt der idealistischen Geschichtsschreibung standen. Die besondere Problematik der deutschen Geschichtsschreibung bestand aber

darin, daß es einen deutschen Nationalstaat nicht gab. Nicht der bürgerlich geprägte Nationalstaat wie in England und Frankreich, sondern der aufgeklärte Obrigkeitsstaat Friedrichs II. von Preußen wurde daher zum Vorbild für die meisten deutschen Historiker im 19. Jahrhundert. Diese Staatsauffassung war dementsprechend nicht bürgerlich, sondern aristokratisch und bürokratisch gefärbt. Daraus folgte, daß der Staat als Individuum und als „interesselos“ über den Parteien und Interessenten schwebender Selbstzweck gesetzt wurde, daß eine scharfe Trennung zwischen Staat und Gesellschaft, zwischen Regierenden und Regierten gezogen wurde und daß Ranke z. B. nirgendwo die Rechte des einzelnen gegenüber dem Staat anerkannte. Aus dieser Staatsauffassung des Historismus erklärt sich auch die Konzentration der deutschen Geschichtsschreibung auf die großen Staatsführer, die Außenpolitik und die Kriege der Staaten untereinander.

2. Eng verbunden mit der Staatsauffassung ist auch der Werterelativismus des Historismus. Da der Staat als Selbstzweck gesetzt wird, kann er auch kein Unrecht tun, wenn er seine eigenen höheren Interessen wahrnimmt, da er bei der Verfolgung dieser Interessen immer hohe ethische Ziele anstrebt. Ranke lehnte es ausdrücklich ab, Politik nach „abstrakten Prinzipien“ zu beurteilen.
3. Wenn der Historismus die Geschichte als den Spielraum menschlicher Willensentscheidungen ansah, so ergab sich erkenntnistheoretisch daraus, daß der Historiker die vergangenen Entscheidungen „verstehen“ müsse. „Verstehen“ ist aber nur möglich, wenn man sich in das einmalige und individuelle Wesen des historischen Gegenstandes hineinversetzen kann, was aber gerade wegen dessen Einmaligkeit und Individualität auf Schwierigkeiten stößt. Das bedeutet nicht notwendigerweise die Ablehnung begrifflichen Denkens, ersetzt aber den Erkenntnisakt weitgehend durch ein auf Glauben, Sympathie und Intuition beruhendes Einverständnis zwischen Subjekt und Objekt und ist daher beschränkt auf die Rekonstruktion individueller Handlungsmotivationen. Gesellschaftliche Strukturen und ihre Entwicklung lassen sich mit diesem Instrument kaum erfassen.

Durch die verstehende Interpretation der Quellen glaubte Ranke seinem Anspruch auf objektive Geschichtsschreibung gerecht zu werden. Für ihn

war Geschichte wissenschaftlicher Selbstzweck ohne politische Ziele. Dabei konnte er jedoch – vor allem als politischer Publizist und Herausgeber der *Historisch-politischen Zeitschrift* – keineswegs verleugnen, daß er die bestehenden politisch-sozialen Verhältnisse der Restaurationsepoche erhalten wissen wollte und in Preußen den Garanten dieser auf dem Wiener Kongreß wiederhergestellten „legitimen“ Ordnung erblickte. Diese Parteinahme für das Bestehende hatte in Rankes Selbstverständnis jedoch nichts mit seiner wissenschaftlichen Tätigkeit zu tun. Er setzte sich ausdrücklich ab von der politisch-pädagogischen Geschichtsschreibung der Aufklärung wie von den nationalpädagogischen Tendenzen seiner Zeitgenossen und den sogenannten „politischen Historikern“, die zwar seine Arbeitsmethoden übernahmen, aber ihre wissenschaftliche Arbeit anders als er ganz offen auf die politischen Anforderungen der Gegenwart ausrichteten.

3 Institutioneller Rahmen und Arbeitsweise der Geschichtswissenschaft im 19. Jahrhundert

Bereits gegen Ende des 18. Jahrhunderts hatten sich die ursprünglich hilfswissenschaftlichen Fächer wie Philosophie und Geschichte von der Theologie und der Jurisprudenz loszulösen begonnen. Die zunehmende Bedeutung der Geschichte wurde im Zuge der preußischen Universitätsreform und später auch in anderen deutschen Staaten anerkannt durch die Errichtung selbständiger Lehrstühle für Geschichte. Mit der Herausbildung und Durchsetzung der quellenkritischen Methode und ihres Anspruchs, die Vergangenheit nur aufgrund der erhaltenen Quellen zu erforschen, wuchs der Arbeitsaufwand für das Ordnen, Erschließen und Auswerten dieses Materials. Immer neue Stellen für die Bewahrung und Ordnung der Vergangenheit in den Archiven, ihre Erforschung in den Akademien und Universitäten und die akademische Lehre der Geschichte wurden notwendig. Vor allem der preußische Staat war um so eher bereit, diese Forderungen der Geschichtswissenschaft materiell zu erfüllen, je mehr Professoren für die deutsche Mission Preußens eintraten. Die finanzielle Ausstattung der Geschichtswissenschaft war eine Folge der staatsloyalen Haltung ihrer führenden Vertreter. So legten die Historiker des 19. Jahrhunderts durch ihre systematische Quellenforschung und ihre umfangreichen Quelleneditionen nicht nur die Grundlagen für Geschichte als empirische Wissenschaft, son-

dem auch für die Organisation von Forschung und Lehre und ihre enge institutionelle und finanzielle Anlehnung an den (preußischen) Staat.

Diese enge Verbindung zwischen Geschichtswissenschaft und Staat war keineswegs zwangsläufig oder vorgezeichnet. Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts vollzog sich die historische Forschung noch abseits der – staatlichen – Universitäten, die sich vor allem auf den Lehrbetrieb konzentrierten. Beispiele für Geschichtsforschung außerhalb der Universitäten sind die „Gesellschaft für ältere deutsche Geschichtskunde“ und die zahlreichen Geschichtsvereine, die vor 1848 überall in Deutschland aus dem Boden schossen.

Die „Gesellschaft für ältere deutsche Geschichtskunde“ war auf Initiative des Freiherrn vom Stein 1819 in Frankfurt am Main gegründet worden als wissenschaftliches Gemeinschaftsunternehmen, das nach den Prinzipien der Quellenkritik und Quellenedition die Grundlagen für eine „echte Geschichte des deutschen Volkes“ legen sollte. Die Gesellschaft war angewiesen auf private Spenden, sie erhielt keine staatliche Unterstützung, mußte vielmehr wegen ihrer deutschen Orientierung gegen das Mißtrauen der preußischen und österreichischen Regierung kämpfen. Auch der Rückhalt bei den bestehenden Akademien und Universitäten war anfangs gering. Aber personell bestanden von Anfang an Beziehungen zwischen der Gesellschaft und einzelnen Akademien und Universitäten, weil die in der Gesellschaft tätigen Gelehrten Angehörige dieser Institute waren. Es ist kennzeichnend für den Zusammenhang zwischen politischer Entwicklung und Geschichtswissenschaft, daß seit den 1840er Jahren die einzelstaatlichen Regierungen ein wachsendes Interesse an der Gesellschaft nahmen und sie finanziell zu unterstützen begannen.

Charakteristisch für die Arbeit der „Gesellschaft für ältere deutsche Geschichtskunde“ ist das Nebeneinander von Forschung, Quellenedition und Darstellung der Ergebnisse. Das Hauptprodukt dieser Bemühungen waren die *Monumenta Germaniae Historica* (MGH), eine gewaltige Quellenedition, die die Grundlage für die Erforschung des deutschen Mittelalters legte, noch immer nicht abgeschlossen und weiterhin unentbehrlich ist. Die „Gesellschaft“ und die MGH fanden zahlreiche Nachfolger auf einzelstaatlicher Ebene. Vor allem aber die Geschichtsvereine, die bereits im Vormärz gegründet wurden, beriefen sich meist auf sie als Vorbild, wenn sie ihr Selbstverständnis und Programm erläuterten.

Die ersten deutschen Geschichtsvereine hatten ihre Wurzeln vielfach in den „gemeinnützig-patriotischen“ Vereinen, die bereits Ende des 18. Jahr-

hunderts entstanden waren. Diese Gesellschaften hatten sich mit Technik und Naturwissenschaften ebenso wie mit Gewerbeförderung und Landesgeschichte befaßt, um wirtschaftliche und soziale Zustände ihrer Umgebung zu verbessern. Die Beschäftigung mit Geschichte hatte also einen unmittelbaren Bezug zu praktisch-politischem Handeln. Dieser aufklärerische, praktische Zug fehlte den Geschichtsvereinen, die nach 1815 in Deutschland gegründet wurden. Sie entstanden aus dem in den Befreiungskriegen neu erwachten deutschen Nationalgefühl und vaterländischen Interesse, und so ging es ihnen nicht so sehr um die praktische Gestaltung der nächsten Umgebung, sondern um die Pflege der *deutschen* Geschichte. Kennzeichnend für die Arbeit der Geschichtsvereine dieser Zeit ist daher die Hinwendung zur mittelalterlichen Reichsgeschichte als der Epoche nationaler Einheit und Größe. Mit der Ordnung der Stadtarchive und den ersten lokalgeschichtlichen Quelleneditionen sorgten die Geschichtsvereine aber auch dafür, daß die deutsche Orts- und Regionalgeschichtsschreibung eine organisatorische und Materialgrundlage erhielt. Ein weiteres Verdienst der Geschichtsvereine ist die Einrichtung der landes- und ortsgeschichtlichen Zeitschriften, in denen die Ergebnisse der Vereinsarbeit publiziert wurden und die bald Nachfolger auf nationaler Basis erhielten (Gründung der *Historischen Zeitschrift* 1859).

Als Beispiel für Zielsetzung und soziale Basis der deutschen Geschichtsvereine vor 1848 sei hier der Verein für Hamburgische Geschichte, gegründet 1839, erwähnt. Er sah seine Aufgabe darin, all das zu retten, zu sammeln und zu ordnen, was „für die hamburgische Geschichtskunde nicht uninteressant seyn könnte“. Sein Ziel war „die Ausarbeitung einer gediegenen, allgemein faßlichen Chronik Hamburgs aus besseren Quellen, als es bisher möglich war“. Über seinen Vorsitzenden, den Leiter des Staatsarchivs, Johann Martin Lappenberg, bestanden Verbindungen zur „Gesellschaft für ältere deutsche Geschichtskunde“, deren Mitglied Lappenberg seit 1829 war. Unterstützt wurde der Verein durch die „Patriotische Gesellschaft“ in Hamburg, einer jener gemeinnützigen Vereine, die Ende des 18. Jahrhunderts entstanden waren. Mitglieder des Vereins waren vor allem Juristen, Theologen, Philologen und Mediziner, daneben einige Kaufleute, Lehrer und Handwerker. Der gesamte Senat gehörte dem Verein an. In der Mitgliederstruktur repräsentierte der Geschichtsverein das gehobene Bürgertum und die staatstragenden Schichten Hamburgs.

1844 gab es im Deutschen Bund 44 Geschichtsvereine, die regional weit verstreut waren, sich aber vorzugsweise in Städten ohne Universität befanden. 1848 bedeutete auch für die Geschichtsvereine einen Einschnitt. Viele Vereine lösten sich auf; erst in den fünfziger Jahren des 19. Jahrhunderts gab es eine Welle von Neugründungen. Doch mittlerweile hatte sich der Schwerpunkt der geschichtlichen Forschung von den privaten Gesellschaften und Vereinen auf die staatlich finanzierten Akademien und Universitäten verlagert.

Auch nach der Humboldtschen Reform blieben die Universitäten zunächst Stätten der Lehre, die Akademien Stätten der Forschung. Entscheidend für die Entwicklung hin zur Einheit von Forschung und Lehre an den Universitäten im Bereich der Geschichtswissenschaft war die Einrichtung des Seminarbetriebes. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts waren Seminare noch private Übungen, die je nach Einsatzbereitschaft des Professors für seine Studenten gehalten wurden oder nicht. Ranke hielt seit 1829 neben seinen Vorlesungen regelmäßig Seminare ab, an denen zehn bis zwölf Studenten teilnahmen. Anhand mittelalterlicher Quellenlektüre sollten die Teilnehmer in eigener Arbeit die historische Methode erlernen und einige Sicherheit im kritischen Umgang mit den Quellen erwerben. Kritik, Präzision und Penetration waren die wichtigsten Grundsätze Rankes bei dieser Arbeit, die Forschung und Lehre verband. Denn im Rahmen dieser Seminare wurden kleinere Forschungsaufgaben verteilt, aus denen Dissertationen erwachsen oder die sich zu größeren kollektiven Forschungsvorhaben entwickelten. So ging aus Rankes Seminar die Bearbeitung der *Jahrbücher des deutschen Reiches unter dem sächsischen Hause* hervor, zu deren Herausgabe sich sechs seiner bedeutendsten Schüler zusammenfanden. Neben Rankes Seminar wirkte das seines Schülers Waitz in Göttingen (seit 1849) schulbildend. Aus Waitz' Seminaren gingen zahlreiche Geschichtswissenschaftler hervor. Das historische Seminar wurde zum wichtigsten Bestandteil des Geschichtsstudiums und der geschichtswissenschaftlichen Ausbildung in allen deutschen Universitäten, aber auch im Ausland. Vor allem in den USA orientierten sich die historischen Abteilungen der Colleges und Universitäten in Organisation und Arbeitsweise am deutschen Vorbild. Mit der Etablierung der Einheit von Forschung und Lehre an der Universität verlagerte sich der Schwerpunkt der geschichtswissenschaftlichen Forschung und Ausbildung an die Universitäten. Zugleich setzte sich der „Hauptfachhistoriker“ durch, der entweder als Dozent an der Universität verblieb, als Archivar die Zeugnisse der Vergangenheit bewahrte, sam-

melte und ordnete oder als Gymnasialprofessor oder Studienrat die wissenschaftlichen Erkenntnisse und politisch-historischen Urteile seiner Lehrer an die nachwachsende Generation weitergab.

4 Von der liberalen zur nationalliberalen Geschichtsschreibung

Die im Vormärz mit der beginnenden Industrialisierung wachsenden sozialen Spannungen blieben nicht ohne Folgen für die politische Haltung des deutschen Bürgertums und die weitere Entwicklung der liberalen, gesamt-nationalen Geschichtsschreibung in Deutschland. Wie das deutsche Bürgertum sich bald in eine radikal-demokratische und eine gemäßigt liberale Richtung (mit Schattierungen des Linksliberalismus dazwischen) spaltete, so lassen sich auch spätestens seit der gescheiterten bzw. unvollendeten bürgerlichen Revolution von 1848 zwei Richtungen der „politischen Historiker“ unterscheiden: die an den Idealen der französischen Revolution, vor allem am Prinzip der Freiheit, festhaltenden demokratischen und linksliberalen Historiker und die auf Ausgleich mit den alten Gewalten, insbesondere dem preußischen Machtstaat, hinarbeitenden nationalliberalen Historiker, die sich schließlich zur „borussischen“ Schule entwickelten.

Nicht zufällig stammten die meisten Wortführer der Liberalen aus dem deutschen Südwesten. Denn anders als in Preußen gab es in den wichtigsten süddeutschen Staaten auch in der Restaurationszeit bereits Verfassungen und Parlamente, die dem Bürgertum ein – wenn auch bescheidenes – Maß an politischer Mitwirkung ermöglichten. Die südwestdeutsche Gruppe liberaler Historiker wurde von ihren Gegnern als „doktrinär“ kritisiert, weil sie ihre oppositionellen politischen Zielsetzungen auch über die Geschichtswissenschaft zur Geltung bringen wollten. Wortführer dieser Gruppe waren Friedrich Christoph Schlosser, Karl von Rotteck und Georg Gottfried Gervinus (1805–1871). Besonders Schlosser war noch stark von der Aufklärung und ihrem Fortschrittsglauben geprägt. Im Gegensatz zu Ranke vertrat er die Auffassung:

„Das Fortschreiten der menschlichen Kultur mag man sich etwa so denken, wie wir bei der Geschichte der Erdoberfläche die Trümmer der früheren Kultur stets den Grund bilden sehen, auf dem das Neugewordne, wenn es vollendet war, um eine Stufe höher stand als das früher Geborene.“

Kennzeichnend für seine Art der Geschichtsschreibung waren daher auch normativ-moralische Wertungen, denn nur so konnte die Geschichte die ihr zugeordnete moralisch-pädagogische Funktion erfüllen. Diese Aburteilung des vergangenen Geschehens vor dem Richterstuhl des Historikers wurde denn auch von Historikern der Ranke-Schule kritisiert. Aus seiner liberalen bürgerlichen Position heraus konnte sich Schlosser die deutsche Einheit nur in Freiheit vorstellen, notfalls war er bereit, „Freiheit ohne Einheit“ statt „Einheit ohne Freiheit“ anzustreben. Der Gegensatz zu Rankes „unpolitischer“ Objektivität und zugleich die enge Verbindung zwischen Fortschrittsgedanken und Freiheit wird auch deutlich, wenn Schlossers Schüler Gervinus forderte, der Historiker müsse „ein Parteimann des Schicksals, ein natürlicher Verfechter des Fortschritts und der Freiheit sein“. Gervinus war wie Rotteck zugleich Historiker, politischer Publizist und Abgeordneter, der auch über 1848 hinaus an dem liberalen Grundsatz „keine Einheit ohne Freiheit“ festhielt.

Die Werke Rottecks und Schlossers waren – wie die zahlreichen Auflagen ihrer Werke anzeigen – beim deutschen Besitz- und Bildungsbürgertum bis in die vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts sehr populär. Doch unter dem Eindruck der im Zuge der Industrialisierung wachsenden sozialen Spannungen vollzog gerade in dieser Zeit das Bürgertum eine Schwenkung, die sich in seinem Verhalten 1848 politisch auswirken sollte: von der Opposition gegen den kleinstaatlichen bürokratisch-monarchischen Obrigkeitsstaat hin zu einem Ausgleich mit den alten Gewalten. Diese Schwenkung großer Teile des deutschen Bürgertums spiegelt sich wider in der Haltung eines Großteils der Historiker. Bereits vor der Revolution und dann in der Frankfurter Nationalversammlung traten liberale Historiker wie Dahlmann, Droysen, Sybel und auch Gervinus für eine erbkaiserialische Monarchie unter preußischer Führung ein, wobei sie allerdings davon ausgingen, daß sich Preußen würde „liberalisieren“ lassen.

Als sich diese Hoffnung nicht bewahrheitete, zogen sich einige Liberale, darunter auch Gervinus, aus der Nationalversammlung zurück oder setzten ihren Kampf für liberale Prinzipien in den deutschen Einzelstaaten publizistisch fort. Der größte Teil der Liberalen, darunter die Historiker Droysen und Sybel, aber vollzog die Wendung hin zur „Realpolitik“. Sie gaben die liberale Idee vom Interessenausgleich durch öffentliche Debatten und den Austausch rationaler Argumente auf und bekannten sich zur Macht als der entscheidenden Voraussetzung für erfolgreiches politisches Handeln. Diese

Nationalliberalen sahen nunmehr vor allem in einem starken Staat den Garanten der individuellen Freiheit. Ihrer Meinung nach konnte die deutsche Einheit nicht mehr durch die liberale Bewegung selbst oder gar durch eine allgemeine Volksbewegung erreicht werden, sondern sollte „von oben“ unter der Führung des stärksten deutschen Einzelstaates, nämlich Preußens, hergestellt werden.

Aus dieser gesellschaftlich-politischen Entwicklung ist der wachsende Einfluß der sogenannten „borussischen Schule“ der deutschen Geschichtswissenschaft vor allem nach der Reichsgründung zu erklären. Die borussische Schule berief sich methodisch auf Ranke. Sie konzentrierte sich wie der Altmeister auf den Staat, die Politik der großen Mächte, Kriegs- und Kabinettsentscheidungen, lehnte aber ebenso wie die liberalen Historiker Rankes Konzept von der „objektiven“ Geschichtsschreibung, die ihren Zweck in sich selbst habe, ab und verfocht als Programm, die Geschichtsschreibung habe Wissenschaft im Interesse der öffentlichen Angelegenheiten zu treiben; sie habe eine politisch-erzieherische Aufgabe.

So bemühten sich die Historiker der borussischen Schule in ihren fachwissenschaftlichen und publizistischen Veröffentlichungen um den Nachweis, daß die Gründung des deutschen Nationalstaates die historische Aufgabe Preußens und der Hohenzollern gewesen sei, und beschrieben die deutsche Geschichte als einen folgerichtigen Prozeß, der geradewegs auf die Reichsgründung von 1870/71 zulief. Als Geburtsstunde der borussischen Schule kann die Gründung der *Preußischen Jahrbücher* 1857 gelten. Ihre Wortführer waren Johann Gustav Droysen, Heinrich von Sybel und Heinrich von Treitschke.

Droysen hatte bereits 1855 die Einigung der griechischen Kleinstaaten durch Alexander den Großen als Vorbild für die Einigung Deutschlands dargestellt und wandte sich nach 1848 der neueren Geschichte zu. Seine *Geschichte der preußischen Politik* in 14 Bänden reicht zwar nur bis 1756, versucht aber „den deutschen Beruf Preußens“ bereits für eine Zeit nachzuweisen, als es den preußischen Staat noch gar nicht gab – wie Ranke dieses Unternehmen kritisierte. Das Selbstverständnis der borussischen Schule, ihre Verbindung aus politischem Engagement und historisch-kritischer Methode hat Droysen in seiner *Historik* in die Form einer Theorie zu bringen versucht.

Schüler Rankes war der aus dem rheinischen Besitzbürgertum stammende Heinrich von Sybel. Er hatte 1848 dem Vorparlament und der deut-

schen Nationalversammlung angehört und 1862 bis 1864 im Preußischen Abgeordnetenhaus in Opposition zu Bismarck gestanden. Doch nach dem preußischen Sieg über Dänemark 1864 schwenkte Sybel ganz auf Bismarcks Kurs ein und unterstützte seine Politik als nationalliberaler Reichstagsabgeordneter bedingungslos. Als Begründer (1859) und langjähriger Herausgeber der *Historischen Zeitschrift*, akademischer Lehrer in Berlin und Direktor der preußischen Archive (seit 1875) übte Sybel ebenso großen Einfluß auf Publikationsmöglichkeiten, Stellenbesetzungen und Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses aus, wie er als Autor einer *Geschichte der Revolutionszeit von 1789 bis 1795* und der offiziösen *Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I.* (sieben Bände, 1889 bis 1894) die Interpretation der neueren deutschen Geschichte bestimmte.

Anders als Sybel war der geborene Sachse Heinrich von Treitschke, der jüngste „Herold des neuen deutschen Reiches“, bereits vor den militärischen Erfolgen Preußens von dessen „deutscher Mission“ überzeugt gewesen. Als Herausgeber der *Preußischen Jahrbücher*, Hochschullehrer in Kiel, Heidelberg und Berlin und Reichstagsabgeordneter von 1871 bis 1894 unterstützte er in Reden und politischen Streitschriften Bismarcks Politik im „Kulturkampf“ und gegen die Sozialdemokratie. In seinem wissenschaftlichen Hauptwerk, der fünfbandigen *Deutschen Geschichte im 19. Jahrhundert* (1879 bis 1894), versuchte er wie Sybel, der preußischen Reichsgründung von oben die historische Legitimation zu sichern.

Durch ihren Einfluß auf Publikationsorgane und die Besetzung von Professorenstellen, durch ihre wissenschaftlichen und tagespolitischen Veröffentlichungen, ihre Tätigkeit in der akademischen Lehre und bei der Herausgabe staatlicher Akten übten diese Männer einen entscheidenden Einfluß auf die Prägung des wissenschaftlichen Nachwuchses aus, so daß die borusische Schule nach der Reichsgründung bald die beherrschende Richtung an den deutschen Universitäten wurde. Einfluß auf das Geschichtsbild und das allgemeine historisch-politische Denken des deutschen Bürgertums vor dem Ersten Weltkrieg hatten daneben historische Darstellungen, die ebenfalls im Geiste der borusischen Schule, aber für das „allgemeine Publikum“ geschrieben und daher weit verbreitet waren. Dazu gehören die von dem Ranke-Schüler Ignaz Jastrow verfaßte *Geschichte des deutschen Einheitstraums und seines Erfüllens* (4. Aufl. Berlin 1891) und vor allem die von dem Kölner Gymnasialdirektor Oskar Jäger für den Schulgebrauch ge-

schriebene *Geschichte der neuesten Zeit vom Wiener Kongreß bis zur Gegenwart*, die bis 1882 19 Auflagen erlebte.

Indem sie die preußische Lösung der deutschen Frage als die einzig richtige und mögliche Verwirklichung der deutschen Einheit darstellten, legten die borussischen Historiker nicht nur die Grundlage für die Auffassung von einem „deutschen Sonderweg“ zwischen westlicher Demokratie und östlichem Despotismus, sondern verbanden zugleich auch den deutschen Nationalismus mit einer spezifischen „deutschen Idee“ von Geschichte, die die Arbeit der meisten deutschen Historiker bis in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg hinein maßgeblich bestimmen sollte.

Eine gewisse Modifikation erfuhr die borussische Schule Ende des 19. Jahrhunderts durch die sogenannte Ranke-Renaissance. Historiker wie Max Lenz und Erich Marcks wandten sich gegen die Tendenz der „politischen Historiker“, die Geschichtsschreibung als Waffe im Kampf der politischen Parteien zu mißbrauchen, und forderten eine Rückkehr zu Rankes Idealen der Objektivität und Überparteilichkeit. Die Vergangenheit sollte nicht mehr als Teil der Gegenwart untersucht werden, der Historiker sollte vielmehr zu einer „nur das Historische suchenden“ Betrachtung der Vergangenheit gelangen und Beobachter der großen in der Geschichte wirkenden Kräfte werden. Die historiographische Praxis der Neurankeaner sah freilich so aus, daß als „große historische Kraft“ vor allem der Machtstaat angesehen wurde, was dazu führte, daß noch stärker als in der borussischen Schule der Akzent auf die Außenpolitik der Staaten gelegt wurde und das staatliche Machtstreben nicht nur als Tatsache konstatiert, sondern quasi als Endziel historischer Entwicklung anerkannt wurde. Trotz der Berufung auf Rankes Objektivitätsideal standen die Neurankeaner, was ihre politischen Grundüberzeugungen und die unausgesprochene politische Zielsetzung ihrer Arbeit anlangt, Treitschke und den übrigen Vertretern der borussischen Schule sehr nahe.

Dabei erweiterte sich im Zeitalter des Imperialismus und der wilhelminischen „Weltpolitik“ die „deutsche Mission“ Preußens, wie sie die borussische Schule propagiert hatte, bei einigen nationalistischen Neurankeanern zur „deutschen Mission“ für die Welt. Erich Marcks nannte „die imperialistische Idee der Gegenwart“ einen „starken Erzieher“, von dem er hoffte, „dass auch an seine Sturmflagge der innere Segen für unsere Welt und für unser Volk sich hefte“. Und die sogenannten „Flottenprofessoren“, an ihrer Spitze Dietrich Schäfer, traten für den Aufbau einer großen deutschen Flot-

te und den Aufstieg Deutschlands zur Weltmacht gegen und neben England ein. Dagegen plädierten „linke“ Neurankeaner wie Friedrich Meinecke und Hermann Oncken in ihren publizistischen und wissenschaftlichen Arbeiten für eine „Versöhnung von Macht und Masse“, von preußischem Staat und Arbeiterbewegung durch soziale Reformen und verstärkte Sozialpolitik (vgl. Meineckes politische Artikel vor dem Ersten Weltkrieg und Onckens Lassalle-Biographie 1904).

Diese Geschichtsauffassung der borussischen Schule und der Neurankeaner und das durch sie vermittelte Geschichtsbild hatten gesellschaftliche Auswirkungen: Sie verstärkten die Tendenzen im deutschen Bürgertum, sich auf den offensichtlich so erfolgreichen preußisch-deutschen Machtstaat zu verlassen, statt selbst- und verantwortungsbewußt zu handeln. Ohne eigenes Urteil schwankte das Bürgertum zwischen Ablehnung der Politik als „schmutzigem Geschäft“ und Machtentbehmung hin und her und entschied sich im Zweifelsfalle für die Macht statt für das Recht oder die Freiheit.

5 Historiographische Minderheiten im Kaiserreich

Die beherrschende Stellung der borussischen Schule an den Universitäten konnte jedoch nicht verhindern, daß ältere Traditionen deutscher Geschichtsschreibung, wie die partikularistisch-kleinstaatliche und die oft großdeutsch ausgerichtete katholische Geschichtsschreibung sowie die linksliberal-demokratische Richtung der 1848er-Revolution, weiterlebten und sich neue Strömungen herausbildeten wie die sozialdemokratisch-marxistische Geschichtsschreibung und der neue Zweig der Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Während die an den „angestammten Dynastien“ orientierte kleinstaatliche Geschichtsschreibung zumindest in den süddeutschen Universitäten und Akademien und die prononciert katholische oder großdeutsch ausgerichtete Tradition in kirchlichen Institutionen einen offiziellen und finanziellen Rückhalt fanden, entwickelten sich die linksliberale, demokratische Geschichtsschreibung und die aus ihr entstehende sozialdemokratische und marxistische abseits des Universitätsbetriebs.

Kennzeichnend für die linksliberale bis radikaldemokratische Geschichtsschreibung war ihr Interesse an der wirtschaftlichen und sozialen Lage sowie den politischen Bewegungen des Kleinbürgertums. So war der Historiker Wilhelm Zimmermann bereits vor der Revolution von 1848 bekannt

geworden durch eine *Allgemeine Geschichte des großen Bauernkrieges* (1841/42), die wegen ihrer sozialgeschichtlichen Ausrichtung auch der neueren Forschung noch Anregungen gegeben hat. 1848 gehörte Zimmermann zu den linken Liberalen in der Paulskirche, was ihn nach dem Scheitern der Revolution seine Professur in Stuttgart kostete. Dennoch hat Zimmermann 1851 in seiner Darstellung der *Deutschen Revolution* noch einmal Partei ergriffen für „das eigentliche Volk“, die Handwerker, Gesellen und Tagelöhner, die für die Revolution auf die Straße gegangen waren, und hat die Märztage und nicht die Paulskirche als Höhepunkte der Revolution von 1848 gewürdigt. Diese positive Beurteilung der Volksbewegungen in der Revolution von 1848 ist in keiner Darstellung der nationalliberalen oder borussischen Universitätshistoriker zu finden. Im Gegenteil: Hier überwog die kritische Abwertung der Revolution und der einstigen liberalen Ideale insgesamt. Die linksliberale Interpretation der deutschen Geschichte durch Zimmermann fand ihre Nachfolger in der „Konfliktzeit“ und im Kaiserreich nicht an den Universitäten, sondern bei Publizisten wie Wilhelm Angerstein (*Die Berliner Märzereignisse im Jahre 1848*, Leipzig ²1865), Adolph Streckfuß (Berlin im 19. Jahrhundert, Berlin 1866) und Aaron Bernstein, dem Herausgeber der *Berliner Volkszeitung* (*Die Jahre des Volkes*, Berlin ²1875; *Revolutions- und Reaktionsgeschichte Preußens und Deutschlands*, fünf Bände, 1882). In der linksliberalen Tradition stand auch der Historiker und Pazifist Ludwig Quidde, dessen akademische Karriere freilich endete, als er 1894 unter dem Titel *Caligula. Eine Studie über römischen Caesarenwahnsinn* eine Persiflage auf Wilhelm II. veröffentlichte.

Am Interesse der linksliberalen und demokratischen Geschichtsschreiber für die Volksbewegungen konnte nach 1848 die Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung anknüpfen. Von größerer Bedeutung als die *Geschichte des Bauernkrieges* von Friedrich Engels, der sich in seiner Wertung des Bauernkrieges der liberal-demokratischen Interpretation Zimmermanns angeschlossen hatte, war zunächst vermutlich das Buch *Die deutsche Bewegung von 1848 und die gegenwärtige* (1864), verfaßt vom Nachfolger Lassalles an der Spitze des ADAV, Bernhard Becker. Das Buch, das vier Auflagen erlebte und offenbar gerade in Arbeiterkreisen weite Verbreitung fand, läßt sich weniger wegen Anwendung der Marxschen Methode, sondern vor allem wegen seiner Akzentsetzung als „sozialistisch“ oder sozialdemokratisch charakterisieren, denn nicht nur arbeitete Becker die Bedeutung ökonomischer und sozialer Faktoren für die Ursachen, den Verlauf und

das Ergebnis der Revolution von 1848 heraus, er meldete auch den Führungsanspruch der Arbeiterbewegung im Kampf um die deutsche Einheit und Freiheit an. Damit unterschied er sich grundsätzlich von demokratischen Historikern wie Zimmermann. Die Trennung der Arbeiterbewegung von den bürgerlichen Demokraten, wie sie 1863 in der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zum Ausdruck kam, wurde begleitet durch die Herausbildung einer eigenen Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung, die sich in zunehmendem Maße an Marx orientierte.

Die zentrale Figur ist hier Franz Mehring, der durch seine Untersuchungen und Darstellungen zur deutschen, preußischen und brandenburgischen Geschichte versuchte, Verzerrungen und Verfälschungen der deutschen Geschichte richtigzustellen, Legenden zu entschleiern und kritische Aufklärung über die Vergangenheit mit politischer Bildung für Arbeiter zu verbinden. Mehring gehörte zum linken Flügel der Sozialdemokratie; seine *Geschichte der deutschen Sozialdemokratie* erreichte bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges über 20 Auflagen. Beinahe ebenso verbreitet in der Arbeiterschaft waren aber auch historische Schriften von „rechten“ Sozialdemokraten wie Eduard Bernstein (*Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung*, Berlin 1907) und Wilhelm Blos, dessen *Deutsche Revolution. Geschichte der deutschen Bewegung von 1848 bis 1849* (Stuttgart 21898) eine Auflage von 45.000 erreichte.

Von der „offiziellen“ Geschichtswissenschaft wurde die sozialdemokratische Geschichtsschreibung freilich nicht zur Kenntnis genommen. Sie konnte daher auch keinen Einfluß ausüben auf Inhalte und Methoden der Forschung und Lehre an den Universitäten und Akademien. Wieweit es der sozialdemokratischen Geschichtsschreibung gelang, innerhalb der eigenen „Subkultur“ die Arbeiter, vor allem die jugendlichen, gegen die Wirkungen der borussischen Geschichtsschreibung und des patriotischen Geschichtsunterrichts zu immunisieren, ist eine andere Frage.

In der „Zunft“ hatte die Ranke-Renaissance einen Methodenstreit zur Folge, der die methodologischen Grundpositionen der Fachhistorie freilich nicht nachhaltig und ernsthaft zu erschüttern vermochte. Karl Lamprecht, dessen *Deutsche Geschichte* 1891 zu erscheinen begann, kritisierte die transzendentalen, metawissenschaftlichen Voraussetzungen von Rankes Ideenlehre, die die Neurankeaner übernommen hatten, und den „Heroenkult“, den die Historiker mit den „großen“ Persönlichkeiten der Vergangenheit trieben. Für ihn war nicht das Handeln des einzelnen Staatsmannes

entscheidend, sondern Subjekt der Geschichte und daher Objekt der Geschichtsschreibung war für Lamprecht die Masse. Im Mittelpunkt seiner Forschungen sollte daher die Gesellschaft oder, wie Lamprecht verwirrenderweise auch sagte, „die Kultur“ stehen und nicht, wie in der borussischen Schule oder bei den Neurankeanern, der Staat. Lamprecht suchte daher nach nationalen und anderen kollektiven psychogenetischen Gesetzmäßigkeiten und stellte vergleichende Forschungen über die Produkte der menschlichen Phantasie, insbesondere in der bildenden Kunst, an. Seine wegen des umfassenden Ansatzes oft flüchtigen Detailforschungen boten der „Zunft“ ebensoviel Angriffsfläche für Kritik wie seine Lehre von den „Kulturzeitaltern“, die einander nach dem Gesetz der zunehmenden psychischen Intensität ablösen sollten.

So war es für die Fachhistorie ein Leichtes, mit der Einzelkritik und dem Spott über die oft verschwommenen und verstiegenen Konstruktionen auch den Ansatz zur Erforschung kollektiver Subjekte in der Geschichte ins Abseits zu drängen. Dabei stand Lamprecht mit seiner noch nicht sozial-, sondern ideen- und geistesgeschichtlich ausgerichteten Forschung prinzipiell seinen Kritikern näher als der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte oder den Marxisten. Seine Geschichtsauffassung war durchaus idealistisch und bewegte sich damit im Rahmen der philosophischen Konzepte, die um die Jahrhundertwende für das philosophisch-theoretische Selbstverständnis und die wissenschaftliche Legitimation der Geschichtswissenschaft maßgeblich waren: der Lebensphilosophie Diltheys, die die Verstehenslehre des Historismus verfeinerte, der Schule der Neukantianer, die die Realität als vom Bewußtsein abhängig ansahen, und Wilhelm Windelbands Unterscheidung zwischen Naturwissenschaften, die nomothetisch, und Geisteswissenschaften (und dazu gehörte auch die Historie), die ideographisch vorgehen.

Wirtschafts- und Sozialgeschichte hatte in Deutschland durchaus eine Tradition. Auch die nationalliberalen, borussischen Historiker haben wirtschaftliche und soziale Entwicklungen in ihren Darstellungen nicht völlig vernachlässigt. Gerade Treitschke hat sich um die Einbeziehung sozialer Faktoren und eine auf „Staat und Gesellschaft in ihrer Einheit“ bezogene Geschichtsschreibung bemüht. Aber die eigentliche Wirtschafts- und Sozialgeschichte wurde abseits von der „allgemeinen Geschichte“ – wie bezeichnenderweise die an den Universitäten des Kaiserreichs dominierende politische Geschichte benannt wurde – und fast ausschließlich im Bereich der Wirtschaftswissenschaften betrieben. Hier dominierte Ende des 19. Jahr-

hunderts bis zum Ersten Weltkrieg die sogenannte Jüngere Historische Schule der Nationalökonomie, deren unbestrittener Führer Gustav Schmoller war. Gegen die entstehende Grenznutzentheorie und die klassische politische Ökonomie bezweifelte die Historische Schule die Möglichkeit, Wirtschaftstheorien von allgemeiner Gültigkeit zu formulieren, und betonte dagegen die Abhängigkeit ökonomischen Handelns von politischen Verhältnissen, gesellschaftlichen Werten und staatlicher Intervention. Diese Akzentuierung der politischen Rahmenbedingungen und der staatlichen Entscheidungen sowie die methodische Orientierung an Hermeneutik und philologischer Quellenkritik zeigen, wie stark auch die deutsche Wirtschafts- und Sozialgeschichte vor dem Ersten Weltkrieg den Traditionen des Historismus und Rankes verpflichtet war. In den Untersuchungen Schmollers und seiner Schüler wurde die Autonomie des Politischen ebenso betont wie bei Treitschke und Sybel. Die Ökonomie wurde – überspitzt formuliert – nicht als Voraussetzung, sondern als Ergebnis staatlichen Handelns verstanden. Und so gelangte auch die deutsche Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Kaiserreichs trotz der nach wie vor unübertroffenen und nützlichen Erschließung und Aufarbeitung breiter Quellenbestände nicht zu einer Analyse der wirtschaftlichen und sozialen Faktoren, die staatliches Handeln beeinflussen, sondern beschränkte sich oft auf eine Darstellung der wirtschaftlichen Entwicklung in der Form von Verwaltungs-, Rechts- und Verfassungsgeschichte.

6 Erster Weltkrieg und Weimarer Republik

Der Erste Weltkrieg und seine Folgen – die deutsche Niederlage und Versailles, die Novemberrevolution und die Weimarer Republik – bedeuteten für die maßgebende Richtung der deutschen Geschichtswissenschaft keinen Einschnitt in methodologischer und personeller Hinsicht. Die Universitätshistorie hielt fest an den Rankeschen Prinzipien der historisch-kritischen Methode, am Primat der Außenpolitik und an der Darstellung staatspolitischer Entscheidungen durch große Persönlichkeiten, deren Wirken sich am besten aus der Auswertung von Staatspapieren rekonstruieren ließ. Da die Republik von Weimar nicht einmal 15 Jahre dauerte, kann auch von einem Generationswechsel auf den Lehrstühlen für Geschichtswissenschaft nicht gesprochen werden. An den Universitäten forschten und lehrten dieselben

Professoren wie vor dem Krieg. Der Nachwuchs rekrutierte sich wie ehemals vorwiegend aus dem höheren und mittleren Beamtentum und dem protestantischen Pfarrhaus. Auch die hierarchische Struktur der Universitäten und der Zulassungsprozeß über Dissertation, Habilitation, Privatdozentur und Berufung durch die Fakultät blieben erhalten und sorgten dafür, daß die Universitätshistoriker eine weitgehend homogene Gruppe blieben, die sich nach wie vor mit den sozialen und politischen Zielen des nationalliberalen Bürgertums der Vorkriegszeit identifizierte und daher kein positives Verhältnis zur Republik finden konnte.

Die Position der Geschichtswissenschaft als politische Lehrmeisterin, die sie im Kaiserreich zumindest beim Bürgertum unangefochten innegehabt hatte, war durch die Ereignisse des Krieges und die politische Umwälzung 1918 allerdings erschüttert worden. Bereits während des Krieges hatte sich die „Zunft“ in der Diskussion über die deutschen Kriegsziele in eine radikale und eine gemäßigte Gruppe gespalten. Die Historiker reflektierten damit nur die Debatte innerhalb des bürgerlichen Lagers über die Frage, auf welche Weise Deutschland Weltmacht werden oder bleiben könne.

Eine alldeutsch-annexionistische Gruppe hatte weitreichende Annexionen in Ost und West, Festhalten am autoritären System im Innern und einen „Siegfrieden“ im Sinne der Obersten Heeresleitung gefordert. Dieser Gruppe gehörten viele Althistoriker und Mediävisten an, u. a. Georg von Below, Johannes Haller und Dietrich Schäfer, aber auch Neuzeithistoriker aus der Schule der Neurankeaner wie Erich Marcks und Max Lenz. Die militärische Niederlage von 1918 war für sie kein Grund, ihre Auffassung vom Gang der deutschen Geschichte zu überprüfen, sondern im Gegenteil eher Ansporn, nun erst recht den preußischen Weg und die Bismarcksche Reichsgründung von oben mit allen Argumenten zu verteidigen. Ein Großteil der Neuzeithistoriker konzentrierte seine Arbeitskraft auf den Kampf gegen die „Kriegsschuldlüge“ von Versailles und gegen die „Novemberverbrecher“, die durch die mutwillig ausgelöste Novemberrevolution 1918 dem siegreichen Heer den Dolch in den Rücken gestoßen hätten. Diese konservativen Historiker lehnten die Republik, deren Beamte sie waren, aus tiefstem Herzen ab, sie sehnten die Wiederherstellung des monarchischen Staates herbei, orientierten sich daher politisch weit rechts und versuchten in ihrem eigenen Aktionsbereich mit allen Mitteln, republikanische Nachwuchswissenschaftler von den Universitäten fernzuhalten.

Eine gemäßigte Gruppe deutscher Historiker, die politisch den Verfechtern eines „ethischen Imperialismus“ um Friedrich Naumann und Prinz Max von Baden nahestand, hatte im Ersten Weltkrieg Deutschlands Weltmachtstellung nicht durch direkte Annexionen, sondern durch indirekte Beherrschung der kleineren Nachbarstaaten mittels eines Systems von wirtschaftlichen und militärischen Verträgen erreichen und sichern wollen. Diese Historiker hatten daher in ihrer Kriegspublizistik den Reichskanzler Bethmann Hollweg gegen die Alldeutschen und die Oberste Heeresleitung unterstützt und waren für einen „Verständigungsfrieden“ mit den Alliierten und eine Politik der inneren Reformen im Reich und in Preußen eingetreten. Nach der Revolution entschlossen sie sich – so vor allem Friedrich Meinecke –, die Republik als „Vernunftrepublikaner“ zu unterstützen. Sie bezogen damit eine Position, die auch der Führer der ehemaligen Nationalliberalen Partei, jetzt Deutschen Volkspartei, und langjährige Außenminister der Republik, Gustav Stresemann, einnahm.

Friedrich Meinecke, der von 1896 bis 1935 Herausgeber der *Historischen Zeitschrift* war und von daher einigen Einfluß auf die Entwicklung der deutschen Geschichtswissenschaft nehmen konnte, hat versucht, die ereignisbezogene, staatsorientierte Geschichtsschreibung zu erweitern durch eine Geschichte der Ideen. Meineckes Ideengeschichte ist aber durchaus der herrschenden Tradition deutscher Geschichtswissenschaft insofern verhaftet, als das Konzept der Ideen als vorwärtstreibende Kräfte der Geschichte in der Philosophie des deutschen Idealismus verankert ist und Meinecke außerdem seine Untersuchungen an einzelnen „großen“ Persönlichkeiten festmachte. Er folgte also weiterhin dem Individualitätsprinzip Rankes und versuchte nicht, wie gleichzeitig Max Weber, die in der Geschichte wirkenden unpersönlichen Kräfte zu analysieren, von einer auf das Generelle abzielenden Ideenlehre, wie sie etwa Karl Mannheim in seiner Wissenssoziologie versucht hat, ganz zu schweigen. Die konservative Grundhaltung Meineckes wird aus den politischen und pädagogischen Absichten, die er mit seiner Ideengeschichte verfolgte, ersichtlich: Er wollte eine politische Alternative zur Sozialdemokratie finden und wissenschaftlich zur Widerlegung des Marxismus beitragen. Auch Meinecke hielt an der Auffassung vom besonderen deutschen Weg fest: Wie die politischen Historiker auf dem Gebiet der Staatengeschichte, so versuchte er auf dem Felde der Ideengeschichte die Überlegenheit des deutschen Geisteslebens

und des deutschen politischen Systems gegenüber den rationalistischen und demokratischen Traditionen des Westens nachzuweisen.

Andererseits hat gerade Meinecke als akademischer Lehrer und Herausgeber der *Historischen Zeitschrift* eine Generation von jungen Historikern gefördert, die seinen politischen Anschauungen und dem überlieferten borussischen Geschichtsbild kritisch gegenüberstand. Im Gegensatz zu Meinecke und den Konservativen beurteilten der liberalen oder katholisch-großdeutschen Tradition verhaftete Historiker wie Johannes Ziekursch, Franz Schnabel, Erich Eyck und Veit Valentin die deutsche Sonderentwicklung keineswegs positiv, sondern sahen in ihr eine verhängnisvolle Fehlentwicklung. Sie bestritten die Notwendigkeit der preußischen Reichsgründung von oben und entdeckten aufs neue die liberalen und demokratischen Traditionen der deutschen Geschichte im 19. Jahrhundert. Neben den Gesamtdarstellungen der deutschen Geschichte im 19. Jahrhundert durch Ziekursch und Schnabel und der Bismarck-Biographie von Erich Eyck war vor allem Veit Valentins zweibändige *Geschichte der Revolution 1848/49* (1930/31) Ausdruck dieser Rückbesinnung auf die alternativen Möglichkeiten der politischen Entwicklung Deutschlands im 19. Jahrhundert.

Bezeichnend für die Situation der deutschen Geschichtswissenschaft in der Weimarer Republik ist freilich, daß viele dieser der Republik verpflichteten Historiker außerhalb oder am Rande des Universitätsbetriebs wirkten. Dabei sind sie methodisch nicht von der auf Ranke gegründeten Tradition der deutschen Geschichtsschreibung abgewichen. Doch ihre Interpretation der deutschen Geschichte erregte bei den älteren Kollegen Anstoß. In der Weimarer Republik blieb ihre Wirkung bescheiden, zumal sie bald vor den Nationalsozialisten weichen mußten oder von ihnen entlassen wurden. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg übten vor allem Schnabels *Deutsche Geschichte* und Valentins *Revolutionsgeschichte* – der in der Bundesrepublik keine neuere Gesamtdarstellung gefolgt ist – einen prägenden Einfluß aus.

Innerhalb der Universität und des Wissenschaftsbetriebs sah sich die deutsche Geschichtswissenschaft nach der Novemberrevolution – wie dann wieder nach 1945 – in ihrer Position als politische Lehrmeisterin der Nation bedroht durch die Soziologie. Eigene Lehrstühle wurden dieser neuen Disziplin erst nach 1918 eingerichtet. Da sie sich der Protektion sozialdemokratischer Kultusminister erfreute, lag für manchen konservativen Historiker die Gleichsetzung von Soziologie mit Sozialismus nahe. Die meisten Historiker bestritten der neuen Disziplin jede Daseinsberechtigung; denn

was die Soziologie betreibe, nämlich die „Lehre von den menschlichen Gemeinschaftsverhältnissen“ (von Below), das sei seit der Romantik auch von den historischen Wissenschaften gepflegt worden. Gegen kollektivistische und ökonomistische Tendenzen allerdings, die ihrer Meinung nach kennzeichnend waren für die moderne Soziologie, wandten sich diese Historiker entschieden. Lediglich unter den Vertretern der Wirtschafts- und Sozialgeschichte gab es Gelehrte, die in der „soziologischen Methode“ mehr sahen als die Übertragung der geisteswissenschaftlichen Verstehenslehre auf Kollektivobjekte und die umgekehrt bereit waren, spezifisch soziologische Methoden wie die Funktionsanalyse, die generalisierende Betrachtungsweise, die Untersuchung von Strukturen und die vergleichende Typologie auch auf die Geschichte anzuwenden. Am weitesten ging hier der Wirtschafts- und Sozialhistoriker Otto Hintze (1861–1940), dessen Studien zur preußischen Verwaltungsgeschichte noch stark vom Primat des Staatspolitischen gegenüber den gesellschaftlichen Kräften geprägt waren, der seine Aufmerksamkeit aber auch einer an Max Weber orientierten vergleichenden Typologie des Feudalismus und des Kapitalismus zuwandte. Hintze war bei seinen Kollegen hochangesehen, zumal er politisch eher konservativ eingestellt war, aber eine breitere Wirkung haben sein Werk und seine methodischen Prinzipien erst im Zuge der „Hintze-Renaissance“ in den sechziger Jahren erlebt.

Eine ähnlich verspätete Wirkung wie Hintze und die zuvor erwähnten liberalen Historiker der Weimarer Republik übte auch ein Historiker aus, der stärker noch als Hintze an Max Weber geschult war und aus seinem politischen Engagement für die Republik heraus die seinerzeit jüngste deutsche Vergangenheit erheblich kritischer sah als die „Vernunftrepublikaner“ und Liberalen unter den deutschen Historikern: Eckart Kehr. Seine These vom „Primat der Innenpolitik“, d. h. daß gesellschaftliche Entwicklungen und Konflikte auch die Außenpolitik eines Staates bestimmten und nicht umgekehrt außenpolitisches Streben nach Machterhaltung oder Machterweiterung die Innenpolitik eines Staates prägten, diese These stellte die bisher geltenden Interpretationsmuster der deutschen Geschichtswissenschaft förmlich auf den Kopf. Daß Kehr nicht nur bemüht war, systematische Kategorien der Soziologie in seine Arbeit einzubeziehen, sondern von seinem Ansatz her auch zu einer kritischen Analyse der wilhelminischen Innen- und Außenpolitik gelangte, die der von vielen deutschen Historikern bekämpften alliierten Kriegsschuldthese neue Munition zu liefern schien,

das alles stempelte Kehr 1930 zum Außenseiter und behinderte seine akademische Karriere, ließ ihn aber in den sechziger Jahren besonders geeignet erscheinen, als Ahnvater und „Bezugsperson“ für eine sich neu entwickelnde Sozialgeschichtsschreibung bzw. „historische Sozialwissenschaft“ zu dienen.

7 Deutsche Geschichtswissenschaft im „Dritten Reich“

Die Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 und das „Dritte Reich“ bedeuten keinen Bruch in der herrschenden Tradition deutscher Geschichtswissenschaft. Das gilt in zweierlei Hinsicht: Es kam weder zu einer völligen inhaltlichen „Gleichschaltung“, einer „Nazifizierung“, der deutschen Geschichtswissenschaft noch kann von einer prinzipiellen Opposition gegen das Regime die Rede sein. Vielmehr erwies sich die autoritätsfixierte, auf Macht und Außenpolitik konzentrierte Tradition der deutschen Geschichtswissenschaft als anpassungsfähig an die autoritäre und nationalistische Ideologie und Herrschaftspraxis des Nationalsozialismus.

Ein Großteil der deutschen Studenten war bereits vor 1933 zu den Nationalsozialisten übergegangen oder hatte sich angepaßt. Die meisten deutschen Geschichtsprofessoren arbeiteten weiter wie bisher. Zwar zerstörte der nationalsozialistische Staat die Autonomie der Hochschulen und die akademische Selbstverwaltung der Professoren, doch eine inhaltliche „Gleichschaltung“ der Geschichtswissenschaft wurde kaum versucht und war im Grunde auch nicht erforderlich. Die Mehrheit der deutschen Historiker war zwar weder völkisch noch rassistisch eingestellt, viele hatten auch die plebejischen Formen der nationalsozialistischen Demagogik und die „sozialistische“ Komponente ihrer Agitation vor 1933 abgelehnt, doch sie bejahten und teilten viele der Ressentiments und Ziele, die die nationalsozialistische „Weltanschauung“ ausmachten. Sie unterstützten das „Dritte Reich“, weil es nach dem republikanischen Zwischenspiel die Traditionen der Monarchie fortzuführen schien. Hatte Hitler doch versprochen, das Versailler Diktat zu revidieren, die „Kriegsschuldflüge“ zu bekämpfen, ein großdeutsches Reich zu verwirklichen und Deutschland die Hegemoniestellung in Europa zu sichern. In Veröffentlichungen und Vorlesungen wurde der „deutsche Sonderweg“, der nunmehr im nationalsozialistischen „Führerstaat“ kulminierte, gepriesen und die Überlegenheit des preußisch-deutschen Machtstaats gegenüber dem demokratischen Rechtsstaat des Westens

„nachgewiesen“. Die Fixierung auf den Machtstaat und seine primär außenpolitische Zielsetzung, die Orientierung auf den Erfolg erklärt auch, warum Historiker, die die nationalsozialistische Innenpolitik skeptisch beurteilten, wie der „Vernunftrepublikaner“ Friedrich Meinecke und die Konservativen Hermann Oncken und Gerhard Ritter, die gefährliche und expansive Außenpolitik Hitlers bejahten und unterstützten.

Völkische und rassistische Ideologieelemente wird man in den Publikationen der führenden Fachvertreter jener Zeit – zumindest im Bereich der neueren Geschichte – kaum finden. Dieser Mangel an „völkischer Gesinnung“ wurde von nationalsozialistischen Parteifunktionären immer wieder kritisiert. Das „Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschlands“ und sein Leiter Walter Frank versuchten daher, wenigstens außerhalb der von „bürgerlichen“ Wissenschaftlern beherrschten Universitäten Geschichtsschreibung im nationalsozialistischen Sinne zu treiben, was wegen der Unbestimmtheit der nationalsozialistischen Ideologie auf Schwierigkeiten stieß. Letztlich blieb das Institut bedeutungslos für die Prägung der deutschen Geschichtswissenschaft im „Dritten Reich“. Es dominierten weiterhin die Erben und Hüter der konservativen Schule.

8 Die westdeutsche Geschichtswissenschaft in den fünfziger Jahren

Die meisten liberalen und republikanischen Historiker hatten Deutschland 1933 verlassen und mußten ihre Arbeit in der Emigration fortsetzen. Im Mittelpunkt ihres Interesses stand die Frage nach den Ursprüngen, insbesondere nach den geistesgeschichtlichen „Wurzeln“, des Nationalsozialismus. Ideengeschichtliche Untersuchungen wurden verbunden mit sozialgeschichtlichen Fragestellungen, denn nicht nur marxistische Autoren wie Georg Lukács und Alexander Abusch, sondern auch bürgerlich-liberale Historiker wie Hans Kohn, Hajo Holborn, George Mosse und Fritz Stern erkannten einen Zusammenhang zwischen dem Versagen des deutschen Bürgertums, politische Macht zu erringen, dem Niedergang des Liberalismus und dem Aufstieg des Faschismus als kleinbürgerlicher Massenbewegung.

Interessant ist nun, daß nach 1945 keiner dieser emigrierten liberalen Historiker nach Deutschland zurückkehrte. Auch 1945 markierte – jedenfalls für die westlichen Besatzungszonen – keinen Bruch in der Geschichte

der deutschen Geschichtswissenschaft, denn wissenschafts-, hochschul- und personalpolitische Maßnahmen der westlichen Besatzungsmächte und der Landesregierungen schufen zunächst nichts Neues, sondern beschränkten sich darauf, den Zustand von vor 1933 wiederherzustellen. Die organisatorischen und institutionellen Maßnahmen des „Dritten Reichs“ wurden rückgängig gemacht, die akademische Selbstverwaltung der Universitäten und Institute wurde wiederhergestellt, besonders nationalsozialistisch „belastete“ Professoren entlassen, rassistisch verfolgte Historiker wiedereingestellt. Doch die hierarchische Struktur der Universitäten, wie sie sich im Kaiserreich herausgebildet hatte, blieb erhalten, die personelle Zusammensetzung der historischen Institute änderte sich kaum, auch die Rekrutierung und Anpassung des wissenschaftlichen Nachwuchses folgte den herkömmlichen Regeln.

Das Ergebnis dieser institutionellen, organisatorischen und personellen Maßnahmen war eine überwiegend konservative Orientierung der westdeutschen Geschichtswissenschaft, die um so weniger auf Widerspruch stieß, als sie der allgemeinen Entwicklung der westdeutschen Gesellschaft entsprach. Die politische Polarisierung war in den Jahren des „Kalten Krieges“ relativ gering. Alle politischen Kräfte schienen sich in der durch die Totalitarismusformel verklammerten antifaschistischen und antikommunistischen Grundhaltung und im Konsens über die Wiedervereinigungspolitik einig zu sein. Die Geschichtswissenschaft reflektierte nur das in Gesellschaft und Politik vorherrschende Bedürfnis, „keine Experimente“ zu wagen und an die durch das „Dritte Reich“ unterbrochene Entwicklung von Weimar wiederanzuknüpfen.

Diese konservative Tendenz läßt sich auch an den inhaltlichen Schwerpunkten der westdeutschen Geschichtswissenschaft nach 1945 erkennen. Die Neuzeit-Historiker griffen klassische Themen aus den Jahren vor 1933 wieder auf: der Freiherr vom Stein und die preußischen Reformen, die Revolution von 1848 – deren Jubiläum 1948 eine Fülle an Publikationen hervorrief, die nunmehr fast einhellig das Werk der Paulskirche als Vorbild und Orientierungsrahmen für die neue westdeutsche Staatsbildung reklamierten –, Bismarcks Reichsgründung und seine Bündnispolitik. Grundsätzlich neue Akzente wurden dabei ebensowenig sichtbar wie neue Methoden – sieht man von Stadelmanns Erörterung der Rolle der Handwerker und Arbeiter in der Revolution von 1848 ab, die damals als neuartig empfunden wurde. Gemeinsam war diesen politik- und geistesgeschichtlich an-

gelegten Studien eine resignative Einstellung zur Antinomie von Geist und Macht, die sie zu einer tiefgreifenden Analyse der deutschen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert nicht vordringen ließ und insgesamt einer kontemplativen Auffassung von Geschichte Vorschub leistete.

Zentrales Problem der mit dem „Institut für Zeitgeschichte“ 1950 und den von ihm herausgegebenen *Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte* etablierten Zeitgeschichte war die Erforschung des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges. Zunächst dominierte dabei die geistes- und personen-geschichtliche Betrachtungsweise. Durch Kennzeichnung des Nationalsozialismus als „Hitlerismus“ und die Gleichsetzung von Nationalsozialismus und Stalinismus bzw. Kommunismus mit Hilfe der Totalitarismustheorie wurden die sozialen Ursachen und die Verantwortung der „alten Eliten“ für die Machtübertragung an Hitler und seine Partei weitgehend verdeckt. Deutschland erschien wie ein vom Nationalsozialismus besetztes Land, und das nationalsozialistische Regime als eine Welt des Verbrechens, dem die sittlichen Ideale des Widerstandes als „Aufstand des Gewissens“ gegenübergestellt wurden. Zeittypisch für die Darstellung des antifaschistischen Widerstandes in den fünfziger Jahren ist die Konzentration auf die Kreise des 20. Juli 1944, die tendenziell als Vorläufer des politischen Systems der Bundesrepublik gedeutet wurden, was nicht ohne wissenschaftliche Gewaltigkeiten abging, während die sozialdemokratische und kommunistische Widerstandsbewegung kaum berücksichtigt wurde.

Kontrovers blieb die Stellung des „Dritten Reichs“ in der deutschen Geschichte. Im Gegensatz zu den liberalen und marxistischen deutschen Historikern in der Emigration sahen konservative Historiker wie Hans Rothfels, der als Jude hatte emigrieren müssen, und Gerhard Ritter, den die Nationalsozialisten diskriminiert und schikaniert hatten, die beide nach dem Krieg zu Wortführern der „Historikerkunft“ in der Bundesrepublik wurden, im „Dritten Reich“ nicht das Ergebnis bestimmter geistes- und gesellschaftsgeschichtlicher Entwicklungen in Deutschland, sondern sie interpretierten die nationalsozialistische Machtübernahme 1933 als Bruch mit der deutschen Tradition. Die Wurzeln des Nationalsozialismus seien nicht in der deutschen Geschichte, an deren Sonderweg im positiven Sinne Ritter festhielt, sondern in den Ideen der französischen Revolution, in der Masendemokratie, im Sozialismus und in der Industrialisierung zu suchen.

Diese historiographischen Bemühungen, das „Dritte Reich“ quasi als „Betriebsunfall“ der deutschen Geschichte darzustellen, fanden eine breite

Resonanz, da sie das Bestreben der westdeutschen Gesellschaft, sich von der unmittelbaren Vergangenheit abzukoppeln, das Belastende zu verdrängen und dennoch gewisse als positiv angesehene nationalgeschichtliche Elemente in die Gegenwart und für den Wiedervereinigungsanspruch zu retten, wissenschaftlich zu legitimieren schienen.

Wenn das „Dritte Reich“ aber ein Zufall, eine Ausnahme der deutschen Geschichte war, so bestand kein Anlaß, die vorangegangenen Epochen – etwa das Kaiserreich – unter der Fragestellung, wieweit in ihnen die Ursprünge des Nationalsozialismus bereits angelegt waren, kritisch zu überprüfen. Als Reaktion auf vereinfachende Konstruktionen amerikanischer und englischer Historiker, die eine direkte Kontinuitätslinie von Luther über Friedrich II. und Bismarck zu Hitler gezogen hatten, und „in gewisser Parallele zur Wiederaufrüstung der Bundesrepublik“ (Hans Mommsen) bemühte sich Gerhard Ritter um den Nachweis, daß der von den Alliierten für den Zweiten Weltkrieg verantwortlich gemachte preußische und deutsche Militarismus der preußischen Tradition fremd und erst im Zusammenhang mit dem übersteigerten Nationalismus des Ersten Weltkrieges entstanden sei. Für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurde daher auch nicht die deutsche Politik, sondern der Mechanismus der europäischen Bündnissysteme verantwortlich gemacht. 1952 einigte sich eine deutsch-französische Historiker-Kommission auf die Formel von Lloyd George, wonach alle Staaten Europas in den Krieg „hineingeschlittert“ seien, ohne ihn zu wollen. Damit schien auch dieser kontroverse Abschnitt deutscher Geschichte, der in den zwanziger Jahren so viele Historiker beschäftigt und politische Auseinandersetzungen heraufbeschworen hatte, im Sinne der Aussöhnung mit Frankreich und der westeuropäischen Integration erledigt zu sein.

Auch methodisch setzte diese Art der Geschichtsschreibung die herrschende Tradition deutscher Geschichtswissenschaft fort: Sie war politische Geschichte oder Ideengeschichte in meist narrativer Form und stark personenzentriert. Ein methodologischer Neuansatz, der die Grenzen der Ereignisgeschichte überwinden, überindividuelle Zusammenhänge erfassen und die Geschichtswissenschaft im Konkurrenzkampf mit der Politologie behaupten wollte, wurde in den fünfziger Jahren mit der „Strukturgeschichte“ versucht. Hierbei knüpften die Neuzeit-Historiker, vor allem Werner Conze und sein Heidelberger Arbeitskreis für moderne Sozialgeschichte, an das bereits 1939 erschienene und für die mittelalterliche Landeskunde entscheidende Werk über *Land und Herrschaft* von Otto Brunner an. Nicht

sozio-ökonomische Strukturen – wie bei der französischen Historiker-Schule der *Annales*, woher der Begriff entlehnt wurde – standen im Mittelpunkt des Interesses dieser Struktur- oder Sozialgeschichte, sondern die Strukturen von Verfassung und Verwaltung, von Begriffen und Anschauungen.

Die innerhalb dieses methodologischen Rahmens unternommenen Studien des Heidelberger Arbeitskreises stehen noch in der vorherrschenden Tradition der deutschen Geschichtswissenschaft und lassen sich insofern mit den Arbeiten der älteren deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schmollerscher Prägung vergleichen, als sie staatliches Handeln sowie konstitutionelle und rechtliche Veränderungen als entscheidende Faktoren für die Industrialisierung Deutschlands und die durch sie bewirkten gesellschaftlichen Veränderungen im 19. und 20. Jahrhundert betrachteten. Der Ansatz des Heidelberger Arbeitskreises, die deutsche Entwicklung als Teil einer den ganzen Westen umfassenden Entwicklung zur Industriegesellschaft anzusehen, entsprach der auf Westintegration ausgerichteten bundesdeutschen Außenpolitik jener Jahre ebenso, wie die zentrale These von der Integration der deutschen Arbeiterschaft und der Arbeiterbewegung in den nationalen Staat am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts die auf Konfliktvermeidung und Konsensus abzielende Gesellschaftspolitik der „sozialen Marktwirtschaft“ und der „formierten Gesellschaft“ unter Adenauer und Erhard reflektierte.

9 Neuorientierung der westdeutschen Geschichtswissenschaft in den sechziger Jahren

In diese Szene, in der sich Geschichtswissenschaft und Gesellschaft mit ihren Tabus einigermmaßen harmonisch eingerichtet zu haben schienen, kam 1961 Bewegung durch Fritz Fischers Buch *Griff nach der Weltmacht*. Gestützt auf umfangreiches und bis dahin unbekanntes Archivmaterial untersuchte Fischer die deutschen Kriegsziele im Ersten Weltkrieg und die Rolle der deutschen Politik bei Ausbruch des Krieges. Die durch das Buch ausgelöste Fischer-Kontroverse markiert einen Wendepunkt in der bundesdeutschen Historiographie, weil sie inhaltliche Schwerpunktverlagerungen und methodisch neue Arbeitsweisen provozierte.

Besonders an drei Thesen Fischers entzündete sich die Debatte:

1. daß die deutsche Reichsleitung im Juli 1914 nicht nur das Risiko eines Krieges eingegangen war, sondern sich auch darauf vorbereitet und Österreich-Ungarn zum Kriegsende gedrängt hatte,
2. daß die weitreichenden deutschen Kriegsziele nicht nur von der Obersten Heeresleitung und den Alldeutschen vertreten, sondern von großen Teilen der deutschen Gesellschaft, die von den Konservativen bis zu den rechten Sozialdemokraten reichten, getragen worden waren und daß der Unterschied zwischen den alldeutschen Extremisten und dem Reichskanzler Bethmann Hollweg nicht in den Zielen selbst, sondern in Ausmaß und Methode gelegen hatte,
3. daß die deutschen Ziele nicht erst im Verlauf des Krieges entstanden waren, sondern wirtschaftlichen und politischen Interessen entsprachen, die bereits vor dem Krieg formuliert worden waren, daß mithin eine Kontinuität zwischen Vorkriegsimperialismus und Kriegspolitik bestand, die noch über den Ersten Weltkrieg hinauswies.

Damit hatte Fischer nicht nur die seit den zwanziger Jahren bestehende nationale und in den fünfziger Jahren erreichte internationale Einigkeit über die Interpretation des Kriegsausbruchs von 1914 als „Hineinschlittern“ aller Mächte gesprengt, sondern auch eine Parallele zwischen der Risiko-Politik Bethmann Hollwegs im Sommer 1914 und der Auslösung des Zweiten Weltkrieges durch Hitler im Sommer 1939 nahegelegt und die Diskussion über die Kontinuität der deutschen Geschichte vom Kaiserreich zum „Dritten Reich“ neu eröffnet. Darüber hinaus hatte Fischer erstmals sozio-ökonomische Faktoren – u. a. Hinweise auf die Diskrepanz zwischen moderner wirtschaftlicher Entwicklung und rückständiger Sozialstruktur und politischer Verfassung des Kaiserreichs – zur Erklärung politischer Entscheidungen herangezogen und damit nicht nur den Weg zu einer neuen Interpretation des Kaiserreichs gewiesen, sondern auch neue Schwerpunkte der Forschung gesetzt und zur Anwendung neuer Methoden herausgefordert.

Die Diskussion, die Fischers Thesen in der Fachwelt und in der Öffentlichkeit auslösten, war zunächst jedoch nicht fachlich-wissenschaftlich, sondern eindeutig politisch motiviert. Gerade die oft schrille Polemik älterer Fachkollegen, wie Gerhard Ritters oder Erwin Hölzles, gegen Fischer und das ungewöhnliche Interesse offizieller Stellen bis hin zur Kritik des damaligen Bundestagspräsidenten Eugen Gerstenmaier an der „deutschen Geißelbruderschaft“ zeigen, daß Fischer mit seiner Neuinterpretation des

Kriegsausbruchs 1914 und der deutschen Politik im Ersten Weltkrieg vor allem ein nationales Tabu verletzt hatte.

Daß angesichts der starken Opposition einflußreicher Fachkollegen und staatlicher Stellen Fischers Thesen nicht folgenlos blieben – wie Luigi Albertinis Buch über den Ausbruch des Ersten Weltkrieges von 1942 und Ludwig Dehios Versuch über die Kontinuität vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg von 1948 –, sondern im Gegenteil sogar weite Verbreitung fanden und Folgen für die weitere Forschung zeitigten, lag neben Fischers Hartnäckigkeit und der Parteinahme wichtiger Zeitungen und Zeitschriften für ihn vor allem daran, daß sich mit Beginn der sechziger Jahre ein Generationswechsel in der westdeutschen Geschichtswissenschaft – wie in der Führungsgarnitur der Politiker – vollzog und auch das allgemeine politische Klima am Ende der Ära Adenauer die Rezeption neuer Erklärungsmuster in der Geschichtswissenschaft begünstigte.

An den Instituten für Geschichtswissenschaft arbeitete zu Beginn der sechziger Jahre bereits eine neue Generation von jüngeren Dozenten, Assistenten und Doktoranden, die das „Dritte Reich“ und den Zweiten Weltkrieg nicht mehr bewußt miterlebt hatte, die zur Weimarer Republik und zum Kaiserreich schon die Distanz von Historikern und nicht mehr das Engagement des Zeitgenossen mitbrachte und die allen überlieferten nationalstaatlichen Werten und Zielen, die die ältere Historiker-Generation immer noch apologetisch zu verklären suchte, skeptisch gegenüberstand. Sowohl die Struktur- und sozialgeschichtlichen Ansätze des Heidelberger Arbeitskreises als auch die nach dem Kriege wieder bzw. neu eingerichteten Disziplinen der Politischen Wissenschaft und der Soziologie begannen ihre Wirkung auf die nachwachsende Historiker-Generation auszuüben. Das Interesse an Sozialgeschichte, an systematischen Fragestellungen, an Methodenproblemen und an vergleichender Forschung nahm zu. Das Abflauen des Kalten Krieges minderte die Berührungsangst vor marxistischen Theorieelementen, die Bereitschaft zur Toleranz gegenüber abweichenden Thesen wurde größer, als sie es noch in den fünfziger Jahren gewesen war.

Diese in der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung begründete größere Offenheit der geschichtswissenschaftlichen Diskussion zeigte sich bereits auf dem Berliner Historikertag von 1964, wo parallel zu Fischers Thesen eine Diskussion über die deutsche Novemberrevolution 1918 und die Rätebewegung 1918/19 ausgetragen wurde. Auch hier wurde der bestehende Konsens, daß 1918/19 nur die Alternative zwischen einer konserva-

tiven bürgerlichen Republik nach Weimarer Muster einerseits und der bolschewistischen Diktatur nach russischem Muster andererseits bestanden habe, aufgelöst zugunsten einer Neubewertung der Rätebewegung als Demokratisierungspotential, das der Weimarer Republik zu einer soliden sozialen und politischen Grundlage hätte verhelfen können.

Das in der Fischer-Kontroverse aufgeworfene Problem der Kontinuität der deutschen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert veranlaßte viele Nachwuchshistoriker, sich intensiv mit der Geschichte des wilhelminischen Deutschland zu beschäftigen. Da die Fragestellungen aus dem Interesse an der auf das Kaiserreich folgenden Entwicklung abgeleitet waren, wollten sich diese Arbeiten im „Kielwasser der Fischer-Kontroverse“ (Georg Iggers) nicht mehr darauf beschränken, die Handlungen einzelner Personen zu rekonstruieren; Ziel und Programm dieser Studien war vielmehr, gesellschaftliche Strukturen und Machtverhältnisse im Kaiserreich zu untersuchen, um so gesellschaftlichen Spannungen, latenten oder unterdrückten Konflikten sowie Diskrepanzen zwischen wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und politischer Entwicklung in Deutschland auf die Spur zu kommen.

Dabei griffen diese Historiker zurück auf Historiker der Weimarer Republik und der Emigration, die in den fünfziger Jahren von der Forschung vernachlässigt oder ignoriert worden waren. Vor allem die Ende der zwanziger, Anfang der dreißiger Jahre entstandenen Arbeiten Eckart Kehrs erlebten eine förmliche Renaissance. Seine Auffassung vom „Primat der Innenpolitik“, vom Einfluß innergesellschaftlicher und sozio-ökonomischer Faktoren auf politische Entscheidungen im innen- wie im außenpolitischen Bereich (siehe vor allem seine Dissertation über *Schlachtflottenbau und Parteipolitik 1894–1901*) prägte eine Reihe von Studien über Interessenverbände, soziale Konflikte, innenpolitische Krisen und den deutschen Imperialismus vor dem Ersten Weltkrieg. Auf Kehr geht das diesen Studien gemeinsame Grundmuster von der konservativen, antisozialistischen „Sammlungspolitik“ zwischen Großagariern und Großindustrie zurück. Ihm verdanken diese Arbeiten ihren funktionalen Erklärungsansatz, der stets danach fragt, wieweit eine innen- und außenpolitische Entscheidung zur Erhaltung des gesellschaftlichen und politischen Status quo im kaiserlichen Deutschland beitragen sollte oder konnte.

Einen ähnlichen Einfluß auf Themenwahl und Arbeitsweise der jüngeren Historiker wie Kehr hatte Hans Rosenberg. Rosenberg ging wie Kehr davon aus, daß zwischen der wirtschaftlichen und der gesellschaftlich-politischen Modernisierung Deutschlands ein Ungleichgewicht bestanden habe, daß die

wirtschaftliche Modernisierung Deutschlands unter vorindustriellen, bürokratischen Bedingungen, die Junkern, Militärs und Bürokratie die politische Vorherrschaft sicherten, verlaufen sei, woraus sich schwere Hypothesen für die spätere Entwicklung Deutschlands bis hin zum Faschismus ergeben hätten. Was Rosenbergs Arbeiten darüber hinaus kennzeichnete, war die explizite Einbeziehung von Theorien des ökonomischen Wachstums und der Konjunkturzyklen in die Analyse politischer Prozesse. In der Nachfolge von Rosenberg interpretierten jüngere Historiker in der Bundesrepublik die Reichsgründung nicht mehr als Ergebnis Bismarckscher Staatskunst, sondern als Folge der industriellen Revolution und des preußischen Sieges über Österreich im Kampf um die wirtschaftliche Vorherrschaft in Mitteleuropa. Nicht die Kaiserproklamation von Versailles oder der Kanzlerwechsel von 1890 markierten nunmehr Einschnitte im historischen Prozeß, sondern Konjunkturdaten wie die „erste Weltwirtschaftskrise“ von 1857 oder die „große Depression“ von 1875.

Der Unterschied zwischen dieser Richtung und der älteren deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte liegt einmal in der Grundannahme, daß sozio-ökonomischen Veränderungen im Verlauf der industriellen Revolution und der kapitalistischen Entwicklung „eine besondere Geschichtsmächtigkeit und Durchschlagskraft“ (Hans-Ulrich Wehler) zukomme, zum anderen in der Überzeugung, daß Sozialgeschichte nicht lediglich als Teilbereich der „allgemeinen“ Geschichte betrieben werden dürfe, sondern daß sie vielmehr ein „Aspekt“ sei, unter dem der gesamte historische Prozeß analysiert werden müsse. Gefordert wurde daher von führenden Vertretern dieser Richtung, die Geschichtswissenschaft in eine „Historische Sozialwissenschaft“ mit kritischer Absicht weiterzuentwickeln.

10 Tendenzen der siebziger Jahre

Von wesentlicher Bedeutung für die Neuorientierung der westdeutschen Geschichtswissenschaft waren die als Folge der „Studentenbewegung“ 1968 und nach Bildung der sozial-liberalen Koalition 1969 eingeleiteten und durchgeführten Reformen im Erziehungs- und Bildungswesen. Die Gründung neuer Universitäten und der Ausbau der bestehenden führte zu einer außerordentlichen Ausdehnung des Stellenmarkts im wissenschaftlichen Bereich. Daß auch die Geschichtswissenschaft dabei nicht, wie ihre Interessenvertreter oft beklagt haben, ins politische und finanzielle Abseits

geraten ist, läßt sich anhand der Stellenentwicklung in den sechziger und siebziger Jahren erkennen. Nach den Berechnungen von Werner Conze hat sich die Zahl der Professuren und Dozenturen für Geschichte nur an den Universitäten von 1950 bis 1960 um jeweils ca. 50 Prozent vermehrt, die Zahl der Assistentenstellen blieb unverändert. Zwischen 1960 und 1975 hat sich aber die Zahl der Professoren- und Dozentenstellen mehr als verdoppelt, die der Assistentenstellen hat sich sogar mehr als versiebenfacht:

	1950	1960	1975
1. Lehrstuhlinhaber	50	80	210
2. Apl. Professoren, Dozenten und (seit 1960) Wiss. u. Akademische Räte	60	90	230
3. Assistenten	50	50	380
Summe:	160	220	820

Berücksichtigt man neben den Universitäten auch noch die Pädagogischen Hochschulen (aber nicht die Archive, Akademien, Bibliotheken und außer-universitären Forschungsinstitute), dann ergeben sich für 1976 folgende Zahlen für das mit Geschichte befaßte wissenschaftliche Personal:

Wissenschaftliches Personal der Geschichtswissenschaft an

1. Universitäten und Gesamthochschulen,

2. an Pädagogischen Hochschulen;

die Stellenzahl jeweils in Klammern; Stand: Oktober 1976

	1	2	1 + 2
1. O. und a. o. Prof.	282 (307)	25 (28)	307 (335)
2. H-3, apl. Prof., Univ.-Doz., Akad. Räte, Oberassistenten	378 (416)	30 (38)	408 (454)
Summe	660 (723)	55 (66)	715 (789)
3. Assistenz-Prof., Wiss. Assistenten	308 (368)	37 (38)	345 (406)
Summe	968 (1091)	92 (104)	1060 (1195)

Eine Auswirkung dieser schnellen Stellenausweitung war eine erhebliche Verjüngung im Altersaufbau der akademischen Historikerschaft. Nach Conze waren 1973 45 Prozent aller H4-Stellen (Ordinariate) besetzt mit Angehörigen der Jahrgänge 1929 bis 1941, also der damals 44- bis 32jährigen. Diese „beispiellose Expansion des wissenschaftlichen Stellenpools“ (Hans-Ulrich Wehler) hat zweifellos vielen Historikern, die früher von der „Zunft“ abgelehnt worden wären, eine akademische Karriere ermöglicht. Der Übergang vom Berufungsverfahren durch Kooptation zum Berufungsverfahren aufgrund von Bewerbungen hat die Rekrutierung des wissenschaftlichen Nachwuchses zumindest transparenter gemacht, den Einfluß von „Schulen“ und „Schulhäuptern“ verringert und mit dazu beigetragen, daß methodische Neuerungen, inhaltliche Kontroversen und abweichende Positionen auch an den Universitäten hingenommen, wenn nicht gar akzeptiert worden sind und daß die „Produktion“ von geschichtswissenschaftlichen Veröffentlichungen in ungeahntem Ausmaß zugenommen hat.

Mit der Stellenexpansion und auf dem Hintergrund einer allgemein reformfreudigen gesellschaftlichen und politischen Situation nahm auch die sozialgeschichtliche Forschung einen erkennbaren Aufschwung. Parallel dazu wurde aber immer wieder der Ruf nach Präzisierung des Begriffs „Sozialgeschichte“ und nach Klärung des Verhältnisses zwischen Geschichtswissenschaft und Sozialwissenschaften laut. Seit Ende der sechziger Jahre ist eine wahre Flut von theoretischen Schriften zur Standort- und Aufgabenbestimmung der Geschichtswissenschaft und zu den Erkenntnismöglichkeiten des Historikers zu verzeichnen (Helmut Berding: Bibliographie zur Geschichtstheorie. Göttingen 1977, enthält 5571 Titel).

Ausgelöst worden war die Theoriedebatte in der Geschichtswissenschaft bereits zu Beginn der sechziger Jahre, als erkennbar wurde, daß die Geschichtswissenschaft ihren Anspruch auf politische Beratung und Erziehung an die Politische Wissenschaft zu verlieren drohte oder bereits verloren hatte, und ein allgemeines „Krisengerede“ anhub. Während Vertreter der älteren Generation unter den Historikern noch von einer „Krise des historischen Bewußtseins“ sprachen und an Kernelementen des Historismus, am Individualitätsbegriff und an der Idee des historischen Verstehens festhalten wollten, erkannten jüngere Historiker eine „Krise der Geschichtswissenschaft“ und waren bereit, Begriffe und Modelle der Politologie zur Beschreibung und Analyse politischer Systeme und ihres Funktio-

nierens zu übernehmen, um die methodische Basis der Geschichtswissenschaft zu verbreitern.

Bei ihrem Versuch, eine theoretische Grundlage für die neue „Historische Sozialwissenschaft“ zu finden, knüpften die „kritischen“ Historiker der sechziger Jahre wiederum an Eckart Kehr an, der versucht hatte, Max Webers Theorie von der Entstehung und Rolle der Bürokratie in der modernen Gesellschaft mit der Marxschen Auffassung von der Rolle des Staates als Agentur der Klassenherrschaft zu verbinden. Allerdings teilte diese Historikergruppe Max Webers theoretisch-methodologischen Standpunkt, daß der Gelehrte – und sei er als Staatsbürger noch so sehr politisch engagiert – als Wissenschaftler nach Wertfreiheit und Objektivität in der Forschung streben müsse, in dieser Form nicht, sondern knüpfte über die „Frankfurter Schule“ an Marx an.

Aus Marx' Vorstellung vom nichtentfremdeten Menschen hatte die „kritische Theorie“ der Frankfurter Schule (Adorno, Horkheimer, Habermas) die Zielvorstellung einer Gesellschaft entwickelt, in der sich die Menschen von irrationalen Zwängen und von Herrschaft befreit haben. Diese „konkrete Utopie“ bot Ende der sechziger Jahre vielen Studenten und jüngeren Wissenschaftlern eine philosophisch-theoretische Grundlage für ein gesellschaftlich-politisches Engagement, das auf „systemüberwindende“ Reformen abzielte. Besonders bei Historikern, die zwar in den Traditionen des Historismus aufgewachsen waren, seine politischen Implikationen jedoch nicht teilten, mußte die Frankfurter Schule mit ihrem Mißtrauen gegen die Überbetonung quantitativer Methoden in den Sozialwissenschaften und ihrem Versuch, Methoden von Marx, Weber und Dilthey zu einer „historischen Hermeneutik“ zu verbinden, auf positive Resonanz stoßen.

Die „kritische Theorie“ bot eine Möglichkeit, eine engagierte und kritische Analyse der deutschen Geschichte theoretisch abzusichern oder, wie einer der führenden Historiker dieser Richtung, Hans-Ulrich Wehler, unter Berufung auf Horkheimer 1969 gesagt hat:

„Unter einer kritischen Theorie soll dabei jene ‚theoretische Anstrengung‘ verstanden werden, ‚die mit dem Interesse an einer vernünftig organisierten zukünftigen Gesellschaft‘ die vergangene und gegenwärtige ‚kritisch durchleuchtet‘, da sonst – ohne ‚konkrete Utopie‘, wenn man so will – ‚der Hoffnung auf eine grundlegende Verbesserung der menschlichen Existenz der Grund entzogen würde‘.“

Die Geschichtswissenschaft als historische Sozialwissenschaft sollte also der Gesellschaft von heute und von morgen dienen, sie sollte kritisch-emanzipatorisch wirken.

Mit Hilfe der kritischen Theorie sollte versucht werden, ein altes Dilemma des Historismus zu überwinden und den Widerspruch zwischen Objektivität und Standortgebundenheit des Historikers in einer neuen „kritischen“ Funktion der Geschichtswissenschaft aufzuheben, ohne zugleich Positionen der marxistisch-leninistischen Geschichtsschreibung in der DDR und ihrer auf Parteilinie reduzierten „Parteilichkeit“ übernehmen zu müssen. Kritische Geschichtswissenschaft sollte heißen, die Geschichte (als vergangenes Geschehen) nicht aus sich selbst heraus zu verstehen, sondern am Maßstab der möglichen Vernunft, Freiheit und Gleichheit zu messen. In diesem Sinne sollte die kritische Geschichtswissenschaft parteilich sein und ein Ziel verfolgen: politische Aufklärung durch politische Pädagogik.

Mit der Berufung auf die „kritische Theorie“ wurde Geschichtswissenschaft nicht länger als Geisteswissenschaft, sondern als Sozialwissenschaft definiert und als Arbeitsteilung zwischen den Disziplinen vorgeschlagen: die Erforschung von Struktur und Funktion als schwerpunktmäßige Aufgabe der systematischen Sozialwissenschaften, die Erforschung von Entwicklung und Veränderung als schwerpunktmäßige Aufgabe der historischen Sozialwissenschaft.

Wenn sich auch der „Positivismusstreit in der deutschen Soziologie“ der sechziger Jahre in der Geschichtswissenschaft nicht wiederholte, so hatte er doch gewisse Auswirkungen auch auf die Methoden- und Grundlagendiskussion unter den Historikern. Gegen die Verbindung von gesellschaftlichem Engagement, „erkenntnisleitendem Interesse“ und historischer Methode, wie sie von den Verfechtern einer „Historischen Sozialwissenschaft“ gewünscht wurde, hielten andere Historiker an der Forderung nach und der Möglichkeit von Objektivität in der historischen Erkenntnis fest. Sie konnten sich dabei einmal auf Max Webers Ausführungen über Werturteile in den Sozialwissenschaften stützen und zum anderen auf den kritischen Rationalismus von Popper und Albert berufen, wonach es allein auf die Logik wissenschaftlicher Aussagen und nicht auf den Standpunkt dessen, der sie macht, ankommt. Gegen diese Auffassung argumentieren die Anhänger der kritischen Theorie, daß lebensweltliche, normative Vorentscheidungen schon immer in die Problemwahl des Historikers eingeflossen seien und seine Sprache und seine Urteile beeinflusst hätten und daß es daher dem

Historiker darauf ankommen müsse, diese Vorentscheidungen so weit wie möglich zu explizieren und damit diskussionsfähig zu machen.

Inzwischen haben sich die „Theoretiker“ unter den Historikern auf den Versuch konzentriert, eine neue, zeitgemäße „Historik“ auszuarbeiten, die an Droysen und den Historismus anknüpfen und als allgemeine Anleitung für alle Bereiche der Geschichtswissenschaft dienen soll. Unter den „Praktikern“ hat sich eine gewisse Theoriemüdigkeit breitgemacht. Sie stehen allgemeinen Theorien skeptisch gegenüber, verzichten daher überhaupt auf eine explizite Theorie oder versuchen, die historisch-hermeneutische Methode mit systematischen Analysen zu verbinden, wobei sogenannten „Theorien mittlerer Reichweite“ aus der Soziologie, Ökonomie und Politischen Wissenschaft vor allgemeinen Theorien der Vorzug gegeben wird.

Innerhalb dieses methodischen Bezugsrahmens und mit diesem Anspruch sind seit 1965 eine Fülle von Spezialstudien und einige Überblicksdarstellungen erschienen, die sich durch neuartige Akzente und interessante Fragestellungen auszeichnen und die das Untersuchungsfeld der Geschichtswissenschaft auf bisher nicht oder wenig berücksichtigte Gegenstände und Probleme ausgeweitet haben. Auch an den Hochschulen haben die Vertreter einer Wirtschafts- und Sozialgeschichte, die sich nicht als Spezialdisziplin, sondern als integraler Bestandteil der historischen Forschung versteht, im letzten Jahrzehnt stetig an Stellen und Einfluß gewonnen. So war die Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1972 an 25 von 58 Hochschulen mit eigenen Lehrstühlen oder Instituten vertreten.

Seit Anfang der siebziger Jahre verfügen die Vertreter der „Historischen Sozialwissenschaft“ auch über Publikationsmöglichkeiten, die zugleich als Kommunikationszentrum, Diskussionsforum und Kristallisationskern dienen. Dazu zählt einmal die 1972 von Hans-Ulrich Wehler, Jürgen Kocka und anderen gegründete Reihe *Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft* und vor allem die seit 1975 von derselben Historikergruppe herausgegebene Zeitschrift *Geschichte und Gesellschaft*. Der Untertitel „Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft“ skizziert schon Programm und Ziele der hinter ihr stehenden und mit ihr verbundenen Gruppe von Historikern. *Geschichte und Gesellschaft* soll sich – wie die französischen *Annales*, die offensichtlich Pate gestanden haben – mit „Analysen langlebiger Strukturen und langfristiger Entwicklungsprozesse“ befassen, ohne auf die „politikgeschichtliche Dimension“ zu verzichten. Schwerpunkte sollen „die Probleme seit den industriellen und politischen Revolutionen“ seit der Wende vom

18. zum 19. Jahrhundert sein. Der gesellschaftliche Anspruch der Zeitschrift wird in der programmatischen Einleitung der Herausgeber zum ersten Heft deutlich: Danach kann Geschichte „als Historische Sozialwissenschaft auch einen wichtigen Beitrag zur Selbstaufklärung der Gegenwart leisten und vernünftiges Handeln von Individuen und Gruppen erleichtern. Sie kann daran mitwirken, humane Formen des menschlichen Zusammenlebens zu entwerfen“ und zur Entwicklung einer „praktisch relevanten Theorie der Gegenwart beizutragen“.

Sieht man sich die programmatischen Aussagen und die praktischen Arbeiten der Vertreter einer Geschichte als historischer Sozialwissenschaft an, so wird deutlich, daß auch sie nicht eigentlich eine neue *Methode* in die Geschichtswissenschaft einführen, sondern daß es sich im wesentlichen um eine neue *Richtung* in der deutschen Geschichtswissenschaft handelt. Eine Richtung, die methodisch in der Tradition des deutschen Historismus steht, aber Fragestellungen und Zielsetzungen ihrer Arbeit explizit aus dem gesellschaftlichen Interesse von Gegenwart und Zukunft bezieht und bereit ist, das methodische Instrumentarium der Nachbardisziplinen auf die neuere Geschichte anzuwenden. Wieweit eine Geschichtswissenschaft, die sich der Methoden der Konkurrenzdisziplinen bedient, sich noch als eigenständige Disziplin legitimieren kann, ist eine Frage, die in der Diskussion um das Verhältnis Geschichte/Sozialwissenschaften kaum gestellt, geschweige denn beantwortet worden ist und der hier nicht weiter nachgegangen werden kann.

Dabei ist freilich nicht zu übersehen, daß in manchen Arbeiten der neuen Richtung die Verknüpfung von historisch-hermeneutischer Methode mit Ansätzen der systematischen Sozialwissenschaften lediglich Postulat bleibt oder daß ein theoretischer Teil beziehungslos neben einem ereignisgeschichtlichen Teil steht. Auch befassen sich die deutschen Sozialgeschichtler noch immer stärker als etwa die französische Schule der *Annales* oder die amerikanische „New Economic History“ mit jenen Strukturen, die menschliche Auffassungen und Intentionen erfassen können, z. B. mit Verfassungs-, Verwaltungs- und Rechtsinstitutionen oder mit dem Wandel von Begriffen, während Arbeiten zur Demographie und zur Wirtschaftsgeschichte im engeren Sinne und unter Anwendung quantifizierender Methoden erst in den letzten Jahren stärker in Gang gekommen sind.

Selbst Handbücher zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte oder zur Agrargeschichte konnten um 1970 noch weitgehend mit einer verfassungs- und verwaltungsrechtlichen Akzentuierung auskommen und quantifizierende

Methoden vernachlässigen. In vorsichtiger Weise sind die Wirtschaftshistoriker aber inzwischen zur „quantitativen Geschichte“ übergegangen. Die Gründung des Arbeitskreises „Quantum“ 1976 ist Ausdruck dieses Tendenzwandels. Mit quantitativen Methoden wird im Bereich der historischen Demographie, der Stadtgeschichte, der Preisentwicklung in vorindustrieller Zeit, aber auch der Parteiensoziologie und der Wählerforschung gearbeitet. Doch werden Grenzen und Möglichkeiten der quantitativen Methode von den bundesdeutschen Historikern meist kritischer gesehen als in Frankreich und den USA. Gerade für den Bereich der historischen Demographie und Familienforschung wird eine über die numerische Beschreibung hinausgehende gesamtgesellschaftlich orientierte Strukturgeschichte angestrebt, die „unter Heranziehung aller Quellen alle Dimensionen der Haushalte oder Familien [...] einschließlich von Problemen wie Autoritätsstruktur, Sozialisation, Ehebeziehungen usw.“ untersuchen soll (Geschichte und Gesellschaft 1 [1975], 225).

Das die Neuorientierung zumindest eines erheblichen Teils der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft auslösende Interesse an einer Klärung der „deutschen Frage“ – warum Deutschland anders als die westlichen Industriegesellschaften den Weg in den Faschismus einschlug – hat viele Antworten auf diese Frage erbracht, aber auch den Horizont der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft in einer bestimmten Weise verengt. So hat die jüngere, sich als Historische Sozialwissenschaft verstehende Geschichtsschreibung sich bisher nur wenig mit der außerdeutschen oder außereuropäischen Welt und der vorindustriellen Zeit befaßt. Vergleichende Arbeiten beziehen sich ebenfalls weitgehend auf die Problematik des deutschen Sonderwegs. Das gilt nicht nur für die vergleichende Faschismusanalyse (Hans Mommsen), sondern ebenso für den Vergleich zwischen amerikanischen und deutschen Angestellten (Jürgen Kocka) oder die Untersuchung von „politischen Agrarbewegungen in kapitalistischen Industriegesellschaften“ (Hans-Jürgen Puhle).

In kritischer Auseinandersetzung mit der Auffassung von Geschichte als Historischer Sozialwissenschaft, wie sie die Gruppe um *Geschichte und Gesellschaft* vertritt, hat sich in den letzten Jahren eine Richtung entwickelt, die von anthropologischen Ansätzen englischer und französischer Historiker (Thompson, Hobsbawm, Bourdieu) ausgeht und die Beschränkung auf Phänomene der Industriegesellschaft, die sie Wehler und seiner Gruppe vorwerfen, überwinden will zugunsten einer intensiveren Erfassung der vor-

kapitalistischen Agrargesellschaften und der vorkolonialen Geschichte der Dritten Welt. Dabei sollen nicht länger die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Institutionen im Mittelpunkt der Forschung stehen, sondern der „Bereich der sozial-kulturellen Reproduktion gesellschaftlicher Verhältnisse, der in Gestalt der alltäglichen Verhaltensweisen, der Sitten und Gebräuche, der Vielfalt symbolischer Äußerungsformen und Artikulationsweisen“ zum Ausdruck kommt und Aufschluß über Sozial-, Klassen- und Herrschaftsstruktur jeder Gesellschaft geben könne. Im Zentrum der geschichtswissenschaftlichen Analyse müsse das „Alltagsleben“ und der in ihm erkennbare „Zusammenhang von Produktion und Reproduktion“ der Menschen stehen. Möglich ist die Erforschung des Alltagslebens aber nur in interdisziplinärer Zusammenarbeit von Historikern, Soziologen, Volkskundlern, Ethnologen und Sozialanthropologen.

Dieser Forderung nach Erforschung des Alltagslebens entspricht das zunehmende Interesse für eine „Geschichte von unten“, die den „kleinen Mann“ bzw. die Masse der Bevölkerung nicht länger als Objekt der Geschichte, sondern als handelndes und gestaltendes Subjekt der Geschichte betrachtet. Untersuchungsgegenstand bzw. Thema sind hierbei nicht nur Protestbewegungen von den Bauernkriegen bis zur Oktoberrevolution, in denen die Massen aktiv und spektakulär in Erscheinung treten, sondern auch weniger aktionistische und politisch bewußte Situationen, die dennoch politische Folgen haben können, wie generatives Verhalten, Lebensweise und Vorstellungswelten von „Unterschichten“.

Folgenreich war dieses Konzept vor allem für die Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung, die lange Jahre sowohl in der Bundesrepublik wie in der DDR fast ausschließlich als Geschichte der Organisationen der Arbeiterbewegung betrieben worden ist und nun erweitert wurde durch Studien über soziale Schichtung und Mobilität, Familienstruktur und Geburtenentwicklung, Lebensweise und Leseverhalten, Vorstellungswelt und politisches Bewußtsein der Arbeiter. Die Entstehung des Proletariats und der Arbeiterbewegung erscheint in dieser Sicht als „Lernprozeß“. Dahinter steht die Bemühung, Lebensweisen und Bewußtseinsformen in Beziehung zu setzen zu den materiellen Grundlagen der Gesellschaft einerseits und den politischen Entwicklungen andererseits.

In diesen Bezugsrahmen gehören ebenso Arbeiten zum politischen Bewußtsein der deutschen Öffentlichkeit zur Zeit der amerikanischen und der französischen Revolution oder Studien zu Situation und Bewußtsein des

deutschen Besitz- und Bildungsbürgertums, die in letzter Zeit in Gang gekommen sind, wie Untersuchungen über Gesundheit, psychische Krankheiten und Kriminalität im 19. Jahrhundert und die Haltung der Gesellschaft zu diesen Phänomenen. Um den hochgespannten Erwartungen und Ansprüchen an eine Sozialgeschichte des Alltags gerecht zu werden, müßten in verstärktem Maße Bevölkerungs- und Familiengeschichte, Stadt- und Bildungsgeschichte, Geschichte der Kindheit, der Jugend und der Frau, Geschichte des Sports und der Freizeit betrieben werden.

Daß diese Hinwendung zu den Protestbewegungen von unten, zur Geschichte des Alltagslebens gerade in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre erfolgte, mag neben innerwissenschaftlichen Gründen auch zusammenhängen mit der seit dieser Zeit verstärkt in Erscheinung tretenden basisdemokratischen Bewegung von politischen und ökologischen Bürgerinitiativen und anderen autonomen Gruppen. Das gesteigerte Interesse an der Geschichte der Frau und der Frauenbewegung bis hin zur Forderung nach stärkerer Berücksichtigung dieses Bereichs in der akademischen Forschung und Lehre ist in nicht geringem Maße Ergebnis der in den letzten Jahren immer aktiver auftretenden und ins öffentliche Bewußtsein eindringenden Frauenbewegung.

Im Zuge der sogenannten „Tendenzwende“, die mit dem „Ölschock“ und der wirtschaftlichen Rezession seit 1974/75 allen gesellschafts- und bildungspolitischen Reformvorhaben der späten sechziger und frühen siebziger Jahre ein Ende bereitere, haben sich auch konservative Tendenzen innerhalb der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft verstärkt. Für das öffentliche Bewußtsein von Geschichte war nicht unwesentlich, daß amtliche Stellen Geschichte nicht mehr als Aufklärung über die Vergangenheit, wie sie noch der Bundespräsident Gustav Heinemann gefordert hatte, ansahen, sondern zur Verklärung der Vergangenheit benutzten. Beispiele sind die Staufer-Ausstellung in Stuttgart, die Wittelsbacher-Ausstellung in München und die für 1981 geplante große Preußen-Ausstellung in Berlin. In die gleiche Richtung zielt auch der Ruf nach einem einheitlichen nationalen Geschichtsbild.

Unter Studenten und jüngeren Wissenschaftlern hat der Radikalenerlaß ein Klima geschaffen, das der unbefangenen Auseinandersetzung mit marxistischen oder anderen „politisch besetzten“ Positionen nicht günstig ist. Gleichzeitig ist die „Stellenexpansion“ durch Stellenstop und Stellenstreichung beendet worden, die Reformbewegung an den Universitäten zum

Stillstand gekommen. Qualifikations- und Anpassungsdruck auf den wissenschaftlichen Nachwuchs haben zugenommen. Hans-Ulrich Wehler will auf den letzten Historikertagen in Braunschweig (1974), Mannheim (1977) und Hamburg (1978) eine „überevorsichtige Zurückhaltung jüngerer Teilnehmer, die sich angesichts der Machtkonstellationen in manchen historischen Fachbereichen offenbar nicht mit strittigen Thesen exponieren wollen“, beobachtet haben.

Innerhalb der Fachwissenschaft hat es stets kritische Stimmen gegen die Auffassung von Geschichte als Historischer Sozialwissenschaft gegeben. Auf dem Hintergrund der Auseinandersetzung um die Hessischen Rahmenrichtlinien, die vielen Historikern die Eliminierung der Geschichte zugunsten der Sozialwissenschaften zu signalisieren schien, verschärfte sich Mitte der siebziger Jahre diese Kritik. Die in der Debatte vertretenen Gegenpositionen lassen sich mit Georg G. Iggers am besten unter dem Sammelbegriff „Neohistorismus“ zusammenfassen, da sie alle eine Rückkehr zu mehr oder minder modifizierten Prinzipien des Historismus fordern oder praktizieren.

Einer der schärfsten, aber auch differenziertesten und wesentlich an theoretischen und methodologischen Fragen interessierten Kritiker der Historischen Sozialwissenschaft, Thomas Nipperdey, wendet sich vor allem gegen den „Präsentismus“ der Sozialhistoriker, die die Vergangenheit vor den Richtstuhl des Historikers zerrten und sie damit deformierten. Stattdessen fordert er eine Rückkehr zur wertneutralen Geschichtsschreibung, die z. B. das Kaiserreich nicht aus dem, was folgte, sondern aus sich selbst heraus verstehen wolle. Nipperdey besteht mit Popper und Albert darauf, daß man Genese und Geltung wissenschaftlicher Sätze trennen könne und müsse, und kehrt damit in modifizierter Form zu Ranke zurück.

Ebenfalls auf Kernelemente des Historismus rekurriert eine andere Gruppe von Historikern (vor allem Hillgruber und Hildebrand), die die Eigenständigkeit des Politischen gegenüber dem Sozialen betont und die Geschichte der internationalen Beziehungen als wesentlich für den Verlauf der allgemeinen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert ansieht. Unter dem „Primat der Außenpolitik“, das zuweilen polemisch dem „Primat der Innenpolitik“ der „Kehrites“ entgegengesetzt wird, erfährt auch die Rolle der historischen Persönlichkeit wieder eine Aufwertung. Nach Hildebrand ist Theorie unanwendbar, „solange die unberechenbare Größe des Menschen als Subjekt und Objekt im Mittelpunkt des Handelns und Interesses steht“ (Georg G. Iggers). Auf Ranke beruft sich Hildebrand, wenn er schließlich

gegen alle wissenschaftlichen Bemühungen der letzten Jahrzehnte, den Nationalsozialismus und das „Dritte Reich“ mit Hilfe von Strukturanalysen und Theorien zu erklären, behauptet, fruchtbarer für ein Verständnis des Nationalsozialismus als alle Faschismustheorien sei die „Frage nach Politik und Persönlichkeit Hitlers“.

Daß diese Rückkehr zu einem modifizierten Historismus ein gewisses Gewicht besitzt, belegt die „Erklärung des Verbandes der Historiker Deutschlands zum Studium des Faches Geschichte an den Hochschulen“ von 1975/76. Diese Stellungnahme ist zugleich Reaktion auf die öffentliche Diskussion um Geschichts- oder Sozialkundeunterricht und auf Pläne, das Geschichtsstudium zu verkürzen. Die Autoren erklären zwar ihre Bereitschaft zu einer Zusammenarbeit zwischen Geschichte und Sozialwissenschaften, legen im übrigen aber großen Wert auf eine gründliche philologisch-hermeneutische Ausbildung und ein möglichst breites Überblickswissen zur Ereignisgeschichte bei den künftigen Geschichtslehrern und Geschichtswissenschaftlern. Von systematisch-analytischen Fragestellungen und dem problemorientierten Studium einer Historischen Sozialwissenschaft ist jedenfalls nicht die Rede. Auch in den Empfehlungen des Wissenschaftsrats zur Einführung eines Diplom-Studiengangs für Historiker von 1978 nimmt die Ausbildung in den diversen Hilfswissenschaften der Geschichte einen großen Raum ein.

Wie stark die innerwissenschaftliche Diskussion von gesellschaftlichen Entwicklungen und den politischen Positionen der Beteiligten geprägt ist, zeigt die Neigung, wissenschaftliche Positionen mit verdeckten oder offenen politischen Argumenten zu bekämpfen oder zu diskreditieren. Das ist z. B. der Fall, wenn Opponenten der Historischen Sozialwissenschaft den Vertretern dieser Richtung vorwerfen, sie betrieben „linke Tendenzhistorie“, ihr Ruf nach mehr Theorie sei in Wirklichkeit eine „Sucht nach Ideologie“, und sie wolle „ihre Theorien allein auf die ‚wahre Theorie‘ von Karl Marx reduzieren“. Die suggerierte Gleichsetzung von kritischen Positionen mit marxistischen und die Identifikation dieser Theorie mit der Praxis in Ländern des „realen Sozialismus“ wird von den Angegriffenen wiederum als „Erscheinungsformen eines schäbigen McCarthyismus“ oder „groteske Dramatisierung“ (Hans-Ulrich Wehler) empfunden.

In der Tat sind die „Verfechter marxistischer Prinzipien“ in der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft „absolute Ausnahme“ (Hans Mommsen). Ein Spektrum der politischen Haltung der bundesdeutschen Historiker

aufzustellen, ist unmöglich. Aber schon aufgrund des Generationswechsels in den sechziger Jahren (und trotz des polemischen Hinweises von Hans-Ulrich Wehler auf das Problem der „jungen Greise“) dürfte der Anteil der wissenschaftlich und gesellschaftspolitisch konservativ eingestellten Historiker und Hochschullehrer geringer sein als in den sechziger Jahren, der Anteil der Historiker aus der mittleren und jüngeren Generation, die sozial-liberale Positionen unterstützen, dürfte gestiegen sein. „In der wissenschaftlichen Praxis“, so Hans-Ulrich Wehler, „sind nahezu alle eher Weberianer als Marxianer.“